

Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 25

Duisburg, den 18. Juni 1932

33. Jahrgang

Für Gerechtigkeit und Freiheit

Nicht Wochen sind seit der Wahl des Reichspräsidenten vergangen. Acht Wochen seit dem Tage, an dem das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterschaft in einer starken nationalen Begeisterung und in einer ebenso starken nationalen Opferbereitschaft sich um Hindenburg sammelte. Unter seiner Führung sollten die Grundlagen eines freien deutschen Volksstaates erhalten und ausgebaut werden.

Die deutsche Arbeiterschaft hat trotz aller Opfer, die Wirtschaftskrise und Staatskrise ihr auferlegten, ihre beste Kraft im Kampf um den nationalen und sozialen Volksstaat eingesetzt. Ihre Hoffnung galt der Zukunft des Vaterlandes, die nicht zuletzt in der nationalen Kraft der Arbeiterschaft wurzelt. Sie galt der Hoffnung einer freien deutschen Arbeiterschaft in einem freien deutschen Volksstaat.

Was die arbeitserfeindlichen Mächte in offener Wahlenschlacht nicht erreicht haben, ist ihnen nunmehr durch schrittweises Untergraben der sachlichen und persönlichen Grundlagen der Regierung Brüning gelungen.

Der Sturz der Volksregierung Brüning und der vorbereitete Aufmarsch des Klassenkabinetts Schleicher-Dapen ist der Versuch der Beseitigung aller Ansätze zum sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat ihren sozialen Kampf immer aus einem tiefen nationalen Verantwortungsbewußtsein gegenüber Staat und Gesamtvolk geführt. Sie hat Schweres und Schwerstes für Staat und Volk auf sich genommen, um den Weg aus der Krise zu verkürzen und den Freiheitskampf der Nation zu erleichtern.

Sie empfindet es als Sohn auf ihren nationalen Willen und ihre nationale Tat, daß nach der wahrhaft nationalen Volksregierung Brüning eine Regierung der sogenannten „nationalen Konzentration“ auftritt, die sich aus Vertretern von Gruppen zusammensetzt, deren offensichtliche Ziele auf Zurückwerfung der Arbeiterschaft gehen. Für

die christliche Arbeiterschaft gibt es nur eine nationale Volkskonzentration, die aus dem gleichen Recht, der gleichen Pflicht und der gleichen Freiheit aller Schichten und Stände erwächst. Die Arbeiterfeindschaft der Regierung Schleicher-Dapen tritt in ihrer Regierungserklärung klar und eindeutig zutage. Ihre sozialpolitische Haltung geht von der Schlagwortpolitik reaktionärer Kreise aus. Den sozialpolitischen Verpflichtungen, die Staat und Nation in der Not der Krise übernehmen mußten, wird Schwächung der moralischen Kräfte der Nation und eine Steigerung der Arbeitslosigkeit vorgeworfen. Diese Haltung wird für sie der Auftakt zum Aufbau der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, des Tarifs und Schlichtungswesens, sowie des sozialen Schutzes überhaupt.

Die neue Regierung hat für die staatspolitische Haltung der Arbeiterschaft kein Verständnis. Sie stellt sich mit den Arbeiterfeinden in eine Linie. Damit steht die Arbeiterschaft vor neuem Kampf. Ihre Feinde drohen sich unter dem Schutze der Regierung zu sammeln. Der Deckmantel der nationalen Konzentration und der Rettung christlicher Kultur soll die Arbeiterfeindschaft verhüllen.

Die christliche Arbeiterschaft sammelt sich für die kommende Auseinandersetzung im deutschen Volk noch geschlossener um die Idee der Staats- und Volksgemeinschaft, wie sie vor allem auch 1920 auf dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften verkündet wurde. Sie sammelt sich zum Kampf für christliche Kultur, zum Kampf für nationale Freiheit, zum Kampf für soziale Gerechtigkeit, zum Kampf gegen alle Feinde dieser wahrhaft deutschen Volks- und Staatsidee.

Berlin, den 7. Juni 1932.

Der Vorstand des Gesamtverbandes
der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Ist das ein nationales Programm, Herr Kanzler?

Die neue Reichsregierung hat am Samstag, dem 6. Juni, ihr sogenanntes Aufbauprogramm der Öffentlichkeit mitgeteilt. Kaum einem Programm einer Regierung ist mit solcher Erwartung entgegengesehen worden. Was würde die Erklärung der Regierung außenpolitisch, wirtschaftspolitisch, für oder gegen Sozialversicherung und Arbeiterrechte, innenpolitisch und kulturpolitisch bringen? Spannung überall. Die neue Regierung hätte — trotz ihrer zweifellos einseitigen Besetzung — die Möglichkeit eines großen Wurfes, einer Auf-

forderung zu einer nationalen Widerstandskraft und eines Wollens nach Konzentration aller national denkenden Kräfte für sich gehabt. Das war um so notwendiger, weil weiteste und wirklich nicht die schlechtesten Volkskreise ein Unbehagen über die Art und Weise der Politik der letzten 14 Tage empfanden, Kreise vor allem, die aus ihrer Natur heraus unter Treue und Dankbarkeitsgefühl etwas Besseres verstehen, als das was sie jetzt vor sich abspielen sahen.

Die Regierung hat diese Gelegenheit zu einem bedeutsamen wirklich aufbauenden Programm ungenützt vorübergehen



Das Spielen mit Feuer auf Lagerstellen von Explosivstoffen ist ein beliebtes Gesellschaftsvergnügen geworden.

lassen. War es ihr nicht möglich, weil sie die Kultur und Lebenskräfte des deutschen Volkes zu einseitig nach ostelbischen Gesichtspunkten beurteilte, oder konnte sie nicht anders, weil hinter ihr, mächtiger als sie selbst und daher sie dirigierend, die unbekannt aber äußerst starken Mächte der Großbourgeoisie, des Adels, der Großindustrie, der Hochfinanz Einfluß auf die Entschlüsse der Reichsregierung gewonnen hatten?

Es liegt uns fern, dieses Programm aus einem parteipolitischen Blickwinkel heraus betrachten zu wollen. Aber wir haben Fragen an die Regierung zu richten und an den Kanzler nach dem nationalen, sozialen und wirtschaftspolitischen Inhalt des Programms.

Wir fragen: Wo bleibt im Programm das unerbittliche „Nein“ zu den Reparationsforderungen? Es ist ein peinlicher Eindruck, dieses Wort, das Brüning mit unerbittlicher Konsequenz der Weltöffentlichkeit seit zwei Jahren einhämmerte und dadurch die Welt zur Auseinandersetzung mit Reparation und Schuldenproblem zwang, aus dem Munde dieser Regierung nicht zu hören. Wo bleibt das so oft von den Gegnern Brüning geforderte „noch mehr Frakturreden mit den Franzosen“? Wo ist in diesem Programm der zähe, unerbittliche und unachgiebige Standpunkt zur nationalen Befreiung, den wir von Brüning so oft dargelegt bekamen? Warum fehlt das? Ein Zufall? Möglich! Dann wäre das „Kabinett der Fachleute“ von seltsamer politischer Führungskraft und merkwürdigem außenpolitischem Denken. Oder kein Zufall? — — —

Wir stellen gegeneinander:

Brüning: „Deutschland vermag weder jetzt noch in Zukunft Tributzahlungen zu leisten.“

Papen-Schleicher: „Auf außenpolitischem Gebiet ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den in Gang befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen.“

Ist das alles, was die Regierung zum nationalen Freiheitskampf des Volkes zu sagen hat? Wo ist die strikte Ablehnung der Tribute, wo ist der Kampf gegen Versailles? Ein paar allgemeine Redensarten über „volle Gleichberechtigung, politische Freiheit“ usw. sollten selbst bei dieser Regierung nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Ist das Gesetz des Handelns Deutschland schon wieder entrissen? Ist es nicht schmerzlich zu sehen, daß die größten Deutshasser, die Zeitungsbesitzer

Coty (Frankreich) und Rothermere (England), die Brüning dauernd mit Kübel Schmutz überschütteten, plötzlich ein freundlich gestimmtes Herz für Deutschland entdecken. Geschieht das etwa aus dem Grunde, weil der starke Former des deutschen Freiheitswillens, Brüning, auf der Strecke geblieben ist, und sie nun für sich Morgenluft wittern? Wir möchten im Interesse des deutschen Volkes hoffen, daß diese zwei daneben greifen.

Die Regierung will eine Zusammenfassung „aller nationalen Kräfte“. Das ist ein Punkt, der an sich nur freudigste Zustimmung finden könnte. Aber warum stößt dann dieselbe Regierung aufbauwillige Kräfte, und dazu gehört in erster Linie die Arbeiterschaft, in gleichem Atemzug vor den Kopf? Wenn die Regierung „Kampf dem Klassenkampfe“ ansagt, so verschweigt sie leider sehr schamhaft, daß der Klassenkampf durch die bürgerliche Wirtschaftsgesellschaft seine stärkste Ausweitung erfahren hat und nicht nur auf marxistischer Seite zu finden war. Wir waren in Deutschland schon im „fröhlichsten“ Klassenkampf, als Karl Marx sein „Kommunistisches Manifest“ noch nicht geschrieben hatte, und die Sozialdemokratie noch nicht auf das politische Parkett getreten war. Dafür sorgten schon in Deutschland der ostjunkerliche Geist und das mangelnde soziale Verständnis der regierenden Gewalten.

Wenn auch nicht ausgesprochen, aber doch überall zwischen den Zeilen sichtbar erscheint ein Trennungsstrich in nationale und nicht-nationale Volksgruppen. Wozu rechnet die Regierung die Arbeiterschaft? Beginnt das sogenannte nationale Denken etwa erst von 10 000 RM Einkommen an aufwärts, oder ist nationales Denken nicht eine innere Verpflichtung des einzelnen gegen Volk und Staat? Wenn die Arbeiterschaft dieses nationale Denken nicht besäße, wäre es längst mit ihrer Disziplin zu Ende, nachdem Millionen und aber Millionen ihrer Brüder die Not der Arbeitslosigkeit seit Jahren tragen.

Wenn heute durch die großen Industriezentren noch nicht die Flamme des Aufruhrs wütet und der Bürgerkrieg nicht durch die Straße tollt, dann verdankt das Deutschland der durch die gewerkschaftliche Arbeit den Arbeitern anerzogenen Disziplin und Verantwortung. Welche andere Volksschicht hätte mit solcher Größe die ungeheuren Lasten getragen, welche der Arbeiterschaft aufgebürdet wurden?

Die neue Regierung scheint sich laut ihrem Programm eine eigene Hausmoral für nationales Wollen und soziales Denken zugelegt zu haben.

Der „soziale“ Geist im neuen Kabinett ist nicht der einer Vertiefung und Veredelung, sondern einer Wiedergeburt reaktionärer Kräfte. Endlich ist der große Tag angebrochen, auf den die Reaktion wartete. Sie kann in der Regierungserklärung lesen: „Sie (die Nachkriegsregierungen) haben den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Sollte etwa die „Bergwerkszeitung“ bereits ihre Redaktion in der Reichskanzlei aufgeschlagen haben oder hat sich Herr von Papen die Bremer Rede 1929 von Herrn Schacht (360 000 RM Einkommen) gepumpt, in der es heißt:

„Die deutsche Bevölkerung läuft dem Ideal des Sozialrentners nach, der mit dem Augenblick, wo er in die Wiege gelegt wird, sämtliche Versorgungsscheine, einschließlich der Sterbescheine mitbekommt.“

Wie gesagt: „Sozialrentner“ Schacht mit 360 000 RM Einkommen!

Die Regierung Brüning hat trotz einschneidender Maßnahmen die Grundlagen der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts erhalten. Die Notverordnungen packten hart zu. Wurden diese Notverordnungen nicht als „Zerstörer deutscher Kultur“, „Semnisse des Wiederaufstiegs“ von der sogenannten nationalen Opposition mit allen Wortmitteln heruntergerissen und ihr Abbau „im Interesse des Volkes“ ungestüm gefordert? Und heute? Warum verschwinden denn diese angegriffenen Notverordnungen nicht? Man braucht doch nur zu wollen! Ein einziger Regierungsakt genügt doch dazu! Warum tut man es nicht? Warum zog die NSDAP. im Württembergischen Landtag ihren Mai-Antrag auf sofortige Aufhebung der Notverordnungen im Juni zurück? Nicht nur das, die Regierung kündigt neue einschneidende Notverordnungen an, Notverordnungen, welche vor allem das Gebäude

der Sozialversicherung schwer treffen würden. Was soll — nach der Durchführung der Pläne der Regierung auf dem Gebiete der Sozialversicherung — aus dem Arbeitslosenunterstützungsempfänger werden? Was aus den Unterstützten in der Wohlfahrt, wenn die Säge so abgebaut werden, daß kaum davon noch ein Brot gekauft werden kann? Hat denn die Regierung ein so verzweifelttes Interesse an Hungerrevolten und Erzfessen?

Wo bleibt der Mut der Regierung, die Kosten, die zum kargen Lebensunterhalt der Arbeitslosen notwendig sind, durch entsprechende Belastung der gesicherten und hohen Einkommen, der Großpensionäre usw., statt durch einseitigen und rigorosen Abbau bei den Unterstützungsempfängern zu beschaffen? Aber der Wohlfahrtsstaat muß ja bekämpft werden.

Es hat so seine Hazen mit dem Wohlfahrtsstaat. Man diffamiert ihn, wenn sich der Staat der unteren Schichten annimmt. Man hält aber den Wohlfahrtsstaat für ganz in der Ordnung, wenn es um Subventionen für die Oberen geht. Sind denn die Milliarden Entschädigungen für den Verlust der deutschen Hüttenwerke in Lothringen vergessen? Die 750 Millionen Entschädigung an die Schwerindustrie nach dem Ruhrkampf? Die Riesensubventionen für alle möglichen Wirtschaftsgruppen; die Zölle, welche immer mehr steigend die Lebenshaltung der handarbeitenden Schichten bedrücken; die Milliarden-Osthilfe für den verwirtschafteten Großgrundbesitz des Ostens; die Milliarden-subventionen der Großbanken; da hat man sehr weislich von Wohlfahrtsstaat geschwiegen. Sobald es aber um die Notgroschen der unteren Schichten geht, beginnt das Gebelzer vom Wohlfahrtsstaat. Steht die Regierung etwa auf dem Standpunkt, daß der Arme noch mehr opfern soll und dem Reichen noch mehr gegeben werden müsse?

Wenn man sich den Gewinn ansieht, den heute weite Wirtschaftsgruppen aus dem Zollschutz des Staates ziehen, steht es schlecht an, vom „Kampf gegen Staatssozialismus“ zu reden. Wenn die Regierung Papen den Mut hat, den Staatssozialismus zunächst in bezug auf den überhöhten Zollschutz zu lockern, dann könnten wir ihr Glauben schenken. Aber wir

möchten annehmen, daß weder das eine noch das andere geschieht.

Die Darlegungen der Reichsregierung zu Sozialversicherung und Arbeitsrecht sind alles andere als ermutigend.

Gedenkt aber die Regierung der nationalen Idee Auftrieb geben zu können durch Unterdrückung des Sozialen? Was gedenkt sie zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit zu tun? Die Regierung Brüning hatte ein bedeutungsvolles Siedlungsprojekt ausgearbeitet für das östliche Deutschland. Dadurch sollte der Arbeitsmarkt entlastet und der Osten gegen die Polengefahr geschützt werden. Bekanntlich ist über dieses Projekt die Regierung Brüning gestolpert. Aber das Tragische ist, daß anscheinend auch damit der Siedlungsgedanke erledigt ist. Die Regierung Papen würdigt den Siedlungsgedanken nicht eines Wortes. Warum auch? Hauptsache scheint zu sein, daß der junkerlich überschuldete Großgrundbesitz erhalten bleibt. Ob Millionen Landhungriger rufen, ob der deutsche Osten von Menschen entblößt, dem Zugriff der Polen ausgesetzt bleibt, was macht's! Du deutscher Mensch darfst weiter untätig an den Ecken der Straßen stehen, dein Ruf nach Land verschallt. Die Regierung hat wichtigere Dinge zu tun. Sie muß die Presseverordnung revidieren.

Das Programm der neuen Regierung ist nicht dazu angetan, den nationalen Willen zu stählen und den sozialen Gedanken auf tragbarer Basis zu fundamentieren. Statt dessen ist ein stöhrliches, solides Klassenkampfprogramm entstanden. Es stehen auch Worte vom Christentum darin. Aber dieses Programm scheint zu versuchen, Gott, Christentum, Junker, Reaktion, Feudalität und Kampf gegen die Handarbeiter in einem Topf durcheinander mengen zu wollen. Das Ragout ist dann auch darnach.

Wir brauchen unsere Kollegen nicht noch auf die herausziehenden Schicksalsstunden für das Recht der Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. Die Regierung hat einen Aufstakt gegeben, dessen Ausklang dunkel vor Deutschland liegt. Saltet daher die Gewerkschaften schlagbereit. Stärkt mitgliedermäßig und finanziell den Verband. Diese Stunde darf kein kleines Geschlecht vorfinden. Wr..

Arbeiterkampf und Organisationskraft



Der Kampf der Arbeiter um Selbsterhaltung und Fortschritt nimmt stets schärfere und entscheidende Formen an. So ringen in zunehmender Not Millionen Arbeiter mit ihren Familien um den Unterhalt ihres nackten Lebens. Andere schwere Kämpfe werden geführt um den Arbeitsplatz, um die Erhaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses sowie um die Arbeitergeltung überhaupt. Mit der Arbeitsunsicherheit, dem Wegfall der Sparmöglichkeit und der Aushöhlung der Sozialversicherung wächst auch wieder die Sorge für das Alter, für Unglücks- und Notfälle. Rechtliche Arbeitererrungenschaften sind aufs höchste bedroht. Starke und gefährliche Reaktionen sind gegen sie im Anmarsch. Dabei stehen wir in Umwälzungen und Strukturveränderungen auf allen Gebieten, die Umstellungen und Neuordnungen bedingen, die aber leider wieder stark nach rückwärts gerichtet werden.

Neben diesen äußeren stören innere Bedrängnisse die Arbeiterfront. Arbeitsnot, soziale und Gewerkschaftshehe sind Gefahren für ihre Geschlossenheit; sie drohen unsicher zu machen und zu zermürben. Getarnte Gegner versuchen selbst ins Arbeiterlager einzubrechen, um hier Zwietracht, Verrat, ja Mord der eigenen Arbeitersache zu propagieren und zu praktizieren, um so Arbeiter vor ihren Scharfmacherwagen zu spannen. Manche Arbeitskollegen machen auch kurz vor dem Ausgang dieses Entscheidungskampfes schlapp; durch die Geldnot wollen sie Verbandsbeiträge „sparen“, oder gar erst wieder „mitmachen“, wenn bessere Zeiten gekommen wären. Viele solcher Gefahren und schädlicher Täuschungen sind nicht unwesentlich nur dadurch möglich geworden, weil gewerkschaftliche Aufklärung, Aktivität und Werbung auch durch die

gewaltige gewerkschaftliche Arbeitslosenhilfe leider allzu stark zurückgeblieben sind. Erfolgt hier nicht ein besserer Ausgleich, so wird sich diese Einseitigkeit rächen; nicht nur zum Schaden der Arbeitenden, sondern auch der Arbeitslosen selbst.

Trotz und alledem ist die gewerkschaftliche Arbeiterfront an sich ungebrochen. Durch die bis aufs äußerste ausgeübte Solidarität und Hilfe für die Arbeitslosen sind die Gewerkschaften wohl finanziell geschwächt worden, aber verantwortungsbewusste und weitschauende Verbände haben es nicht bis zum äußersten kommen lassen. Ferner hat die ideelle Stärke der Gewerkschaften durch das Stahlbad der Not, ihrer ungerechten und unwahrhaftigen Bekämpfung einen mächtigen Gewinn zu verzeichnen. Arbeitende und Arbeitslose stehen wohl wie nie in Treue, Verbundenheit und Erwartung zu ihnen. Dieser ideelle Gewinn überragt die finanzielle Einbuße. Wie kann es auch anders sein, wo von Massen, von Generation zu Generation, in jahrzehntelangem Kampf und Aufbau, mit Einsatz aller Opfer, ja mit Herzblut dieses Bollwerk geschaffen worden ist, das sich bestens bewährte, und jetzt und später erst recht notwendig für sie ist?

Indes muß in Anbetracht der großen Aufgaben zu dieser Qualität auch die Quantität wieder besser werden. Die Rettung aus der Notzeit, die Erhaltung und Ausgestaltung der Errungenschaften, die Schaffung der Voraussetzungen für eine hoffentlich bald wieder mögliche Aufbauarbeit und für eine gute soziale Neuordnung, erfordern dieses gebieterisch. Die Fülle dieser Not- und Zwangsaufgaben bedingt, daß sich die Arbeiterschaft und ihre Interessenvertretung bewußter darauf einstellen und die letzten Kräfte und Möglich-

selten dafür einsetzen. Für unsere christlich-nationale Metallarbeiterschaft ist dieses unser Verband und sein Streben.

Vor allem kommt es zunächst an auf eine weitere Ausgestaltung und Belebung der dafür wirkenden Organisation. Wie überall im Leben, so ist auch in unserem Verband vornehmlich das Geheimnis seiner äußeren Stärke und seines Erfolges seine Organisation. Erfahrungen bestätigen dieses reichlich. Organisation ist Hilfe für den besten Erfolg. Organisation ist weiter planvolle und zweckmäßige Vereinigung und Teilung, Gliederung und Ordnung, sowie Einsetzung von Kraft, Zeit und Mittel. Nach außen wirkt sie umfassend, nach innen erleichternd, straff aber doch gelenkig, stetig aber doch fortschreitend. Organisation ist ferner — wie eine wissenschaftliche Erläuterung sagt — die Steigerung der Wirkungskraft menschlicher Anstrengungen durch planmäßiges Zusammenordnen von Menschen und Einrichtungen zu dem Zweck, wofür sie tätig ist. Dieses alles haben wir sehr in der Arbeiterbewegung dringend notwendig.

Praktische Organisationskunde und Organisationskunst sind daher stärker zupflegen. Wurde vor etwa 12 Jahren den Gewerkschaftlern ge-

sagt, sie seien nur organisatorisch und agitatorisch aber nicht wissenschaftlich ausgebildet, so sind wir die letzten Jahre stark und einseitig in dieses letzte Extrem verfallen. Manche unserer Besten streben dadurch wissenschaftlich so mit dem Kopf zur Sonne, daß sie nicht mehr genügend Boden unter den Füßen haben, und auch sonst an Halt verloren. Zu stark wird hierbei nur nach den Zielen gesehen aber nicht genügend nach den Mitteln und dem Nachdruck, mit welchen doch nur allein die Ziele zu erreichen sind. Auf die maßgebenden Persönlichkeiten kommt es hierbei besonders an; nicht nur auf ihr Wollen, sondern auch auf ihr Können. Zu letzterem gehört neben Geschick auch dieses Wissen. Ferner sind auch solche Erfahrungen wieder mehr auszutauschen sowie Licht und Schatten, Erfolg und Mißerfolg wieder stärker herauszustellen.

Das viele, was in unserm Verband nach dieser Richtung hin gut, ja z. T. vorbildlich ist, muß mehr allgemein durchgeführt werden, und die Leistungen sind bis aufs höchste zu steigern. Dazu ist erforderlich, daß die Geheimnisse der Kraft und Erfolge eines guten Organisierens unserer Front noch mehr für unsern Kampf angewendet werden, um ihn so am besten bestehen zu können. Mauer.

Unsere christliche Metallarbeiterinternationale

Weltkrise und Weltarbeitslosigkeit haben einen bisher unbekanntem Druck vor allem auf die Metallindustrie ausgeübt. Millionen Metallarbeiter der Welt sind arbeitslos geworden. Millionen stehen in Kurzarbeit. Der Weltmarkt ist bei steigender Technisierung und Rationalisierung immer mehr durch Zölle und sonstige Abschließungen verengt, statt sich zu verbreitern. Darunter leidet besonders die deutsche Metallindustrie, die mit ihren hochwertigen Produkten des Weltmarktes bedarf, wenn das deutsche Volk überhaupt leben soll. Die schwierige Lage unserer Industrie ist nicht ohne große Rückwirkungen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiterschaft geblieben. Dazu kommt, daß neben der Wirtschaftskrise in steigendem Maße die soziale Krise sich zeigt, verstärkt durch antisoziales Wollen einflussreicher wirtschaftlicher und politischer Kreise. Das ist eine Erscheinung, die sich in fast allen Ländern Europas zeigt.

Um erneut zu diesen Fragen Stellung zu nehmen und ein noch einheitlicheres Vorgehen für die die europäische Metallarbeiterschaft interessierenden Probleme zu ermöglichen, fand am 7. und 8. Juni in Stuttgart eine erweiterte Vorstandskonferenz unserer christlichen Metallarbeiterinternationale statt. Vertreten waren die Länder: Deutschland, Holland, Belgien, Frankreich, Schweiz, Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Polen. Vom Internationalen Arbeitsamt Genf war Kollege Henseler erschienen. Von unserem Verbande nahmen an der Konferenz teil: Präsident des Bundes, Verbandsvorsitzender Franz Wieber; 2. Verbandsvorsitzender Karl Schmitz, Hauptkassierer Hegemann und Verbandsredakteur Georg Wieber.

Der Bundespräsident gedachte in einem ehrenden Nachruf des verstorbenen Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der aus der arbeitenden Schicht hervorgegangen, einer der ehrlichsten und aufrichtigsten Vorkämpfer für den sozialen Frieden zunächst, dann aber auch für den Weltfrieden überhaupt gewesen sei. Der Bundespräsident begrüßte sodann herzlichst das jüngste Mitglied des Bundes, Jugoslawien.

Die Berichterstattung über die Lage des Bundes zeigte neben Krisenerscheinungen aber auch sehr erfreuliche Fortschritte in einzelnen Ländern. Holland, Belgien und Oesterreich konnten auch im Jahre 1931 ihre Mitgliederzahlen noch steigern. Belgien sogar von 19 000 auf 30 000 Mitglieder. Auch die beiden holländischen Bräuderverbände konnten zusammen eine Steigerung um 7000 Mitglieder verzeichnen. Die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit, Lage der Wirtschaft, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ergaben für Deutschland

das betrübendste Bild, wengleich auch in anderen Ländern die Krise besonders die Metallindustrie erfaßt hat. Die Löhne sind in allen Ländern gesunken; der Anteil der deutschen Metallarbeiterschaft daran ist relativ am stärksten.

Von großer Bedeutung für Erfassung der Lage der Metallarbeiterschaft überhaupt dürfte die Internationale Erhebung über die Arbeitsbedingungen in der Eisen- und Stahlindustrie werden. Diese internationale Erhebung hatte unser internationaler christlicher Metallarbeiterkongress in Salzburg 1930 und unsere internationale Vorstandssitzung in Luzern 1931 gefordert. Das Internationale Arbeitsamt hat diesem unseren Wunsche entsprochen und den vorläufigen Bericht über diese Erhebung dem Verwaltungsrat in seiner 56. Sitzung in Genf vorgelegt. Wir werden über diese für die gesamte Metallarbeiterschaft wichtigen Fragen in einem besonderen Artikel berichten. Nach Darlegungen über die Erhebung betreffs Lohnverhältnisse der Metallindustrie in den dem Bund angeschlossenen Ländern, Lage der Preise usw. beschäftigte sich die Konferenz eingehend mit dem Reparations- und Schuldenproblem, als dem Haupthemnis des Wiederaufstiegs der Wirtschaft. Eine eingehende Resolution, welche einen „energischen Schlussstrich unter die unglücklichen Folgen des Weltkrieges“ forderte, wurde einstimmig angenommen. Unsere französischen Kollegen haben mit viel Mut besonders im letzten Jahr auf ein besseres Verständnis zwischen Deutschland und Frankreich hingearbeitet, und ihre Tageszeitung „Aube“ (Morgenröte) bekannte als erste aller französischen Zeitungen sich zu der Auffassung, daß die Reparationen die Schädlinge der Weltwirtschaft seien. Wir möchten unsern französischen Kollegen dafür den Dank der deutschen christlichen Metallarbeiterschaft aussprechen.

Die Resolution lautet:

„Die in Stuttgart am 7. und 8. Juni 1932 tagende Vorstandskonferenz des Internationalen Bundes christlicher Metallarbeiter-Organisationen, stellt im Anschluß an den Bericht seines Vorsitzenden, Franz Wieber (Duisburg) und die Berichte der Vertreter der angeschlossenen Verbände von Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Polen, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Schweiz und der Tschechoslowakei fest, daß die Lage der Metallindustrie und die Beschäftigungsverhältnisse der Metallarbeiter dieser Länder seit ihrer vorjährigen Tagung sich weiter verschlechtert haben und zu einer Katastrophe zu führen drohen.

Zum wiederholten Male erhebt die Vorstandskonferenz ihre Stimme und verweist erneut auf ihre Kundgebungen von Salzburg 1930 und Luzern 1931, in welchen sie die einmütige Auffassung aller angeschlossenen christlichen Metallarbeiterverbände zum Ausdruck gebracht hat, wonach die Ursache der gegenwärtigen katastrophalen Entwicklung der Wirtschaft aller Länder in der Hauptsache darin zu suchen ist, daß die aus dem ungelösten Reparations- und internationalen Schuldenproblem erwachsende Unsicherheit den letzten Rest von Vertrauen zu zerstören droht, welches die unerläßliche Vorbedingung für die Wiederherstellung eines gesunden Blutumschlusses im Weltwirtschaftskörper ist. Der wirtschafts-

feindliche Protektionismus, welcher Produktions- und Absatzgebiete durch unnatürliche Schranken trennt, sowie ein Land nach dem andern aus der Weltwirtschaft ausschaltet, und die fortschreitende Einschränkung des Lebensstandards der breiten Volksmassen durch Lohnkürzungen, sind Maßnahmen, welche die Lage nicht bessern, sondern nur verschlimmern können. Als wesentliches Mittel zur Einleitung eines Wiederaufstiegs der Wirtschaft betrachtet die Vorstandskonferenz die Wiederherstellung des Vertrauens durch eine endgültige Lösung des Reparations- und Schuldenproblems. Jahrelang hat die Arbeiterschaft aller Länder die Arbeiten der Politiker und Sachverständigen der internationalen Konferenzen mit Interesse und Leidenschaft verfolgt, und die von ihnen vorgeschlagene Lösung hoffnungsvoll begrüßt, um schließlich immer wieder enttäuscht zu werden. Jetzt muß endgültig Schluß damit sein.

Die Vorstandskonferenz erwartet von den demnächst in Lausanne zusammentretenden Staatsmännern die von allen Völkern sehnsüchtig er-

wartete, mutige Tat, die einen energischen Schlußstrich unter die unglückseligen Folgen des Weltkrieges macht.

Sie beauftragt ihre Vertreter, auf dem bevorstehenden internationalen Kongress der christlichen Gewerkschaften in Antwerpen eine ähnliche Stellungnahme dieses Kongresses herbeizuführen und ersucht alle angeschlossenen Organisationen im Sinne obiger Forderungen in ihren Ländern tätig zu sein und auf ihre Regierungen entsprechend einzuwirken.

Es gilt nun, durch weitere unermüdlige Arbeit in unseren christlichen Metallarbeiterorganisationen dem Willen unserer internationalen Vorstandskonferenz möglichst starken Resonanzboden zu verschaffen. Schaffen wir so für unsern Metallarbeiterstand, dann arbeiten wir auch damit am Aufstieg der Wirtschaft und im gewissen Maße auch an der Befriedung der Welt.

W.

Branchenbewegung

Achtung! Zechenmetallarbeiter!

Trotzdem die Bergarbeiter-Löhne in der letzten Zeit um circa 30% gekürzt worden sind, läßt der Zechenverband die Bergarbeiter noch nicht zur Ruhe kommen. Zum 1. Juni kündigte er den Rahmenvertrag.

In den Verhandlungen legte der Zechenverband den Bergarbeiter-Gewerkschaften seine Forderungen vor, und zwar: 1. eine Arbeitszeitverlängerung, unter wie über Tage; 2. in der Urlaubsfrage unter Aufrechterhaltung der früheren Urlaubstage eine Herabsetzung der Urlaubsvergütung auf 50%; 3. die Streichung des Hausstands- und Kindergeldes und 4. eine gewisse Herabsetzung der Deputatlohlen-Ansprüche.

Bevor der Zechenverband zur Begründung seiner Forderungen schritt, brachte er den Arbeitnehmer-Vertretern noch eine Ueberraschung, indem er erklärte, daß der Lohnantrag aufgelockert werden müsse und dazu die Senkung der Löhne um 12% notwendig sei. Er wies darauf hin, daß die Schichtlöhne nach dem Hauerverdienst zu regeln seien. Die absolute Gleichmäßigkeit müsse abgeschafft und ein gerechtes System durch automatische Angleichung an die Gedingelöhne geschaffen werden. Des ferneren betonte er, daß die Bergarbeiter-Löhne Maximallohne geworden seien, und daß ein ähnliches System gefunden werden müsse, wie in der Gruppe Nordwest.

Die Vertreter der Bergarbeiter-Gewerkschaften erklärten hierauf, daß eine Verkürzung der Bergarbeiter-Löhne überhaupt nicht diskutabel sei, weil ja bereits der Ueberschuss von 1914 erreicht wäre. Die Handwerker-Löhne auf den Gruben betrügen heute 65-67 Pf. pro Stunde und die Hauverlöhne 90-95 Pf. pro Stunde. Da könne von einer weiteren Senkung nicht die Rede sein. Die sogenannte Auflockerung der Tariflöhne sei nichts weiter als ein Lohnabbau um 12%. Aber angenommen, wenn die Arbeitgeber es ehrlich mit der Auflockerung meinten, daß die

Schichtlöhne in Zukunft abhängig vom Gedingelohn gemacht werden sollten, was würde dann geschehen?, da die Bergarbeiter-Verbände keinen Einfluß auf das Gedinge hätten. Wenn nun die Löhne um 12% abgebaut würden, würden die einzelnen Zechen schon dafür sorgen, daß die Gedinge so gesetzt würden, daß keine Erhöhung der Löhne herauskäme. Also laufe die Sache auf einen reinen Lohnabbau aus.

Die Arbeitnehmer-Vertreter haben nun gleichfalls ihre Vorschläge zum Rahmenvertrag unterbreitet. Sie haben in der Arbeitszeit eine Verkürzung vorgeschlagen. Mit besonderem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß es doch ein starkes Stück vom Zechenverband sei, eine Verlängerung der Arbeitszeit zu verlangen in dem Augenblick, wo doch in allen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt werden sollte. Es sei überhaupt ein Skandal, daß heute bei den gewaltigen Fehlerschichten noch 1 600 000 Ueberschichten im Jahre 1931 im Bergbau verfahren wurden, und dann noch eine verlängerte Arbeitszeit einführen, sei doch Ironie. Eine Verkürzung des Urlaubs wie auch eine Verminderung der Deputatlohle müsse unbedingt abgelehnt werden.

Ein weiterer Antrag der Zechenbesitzer, Urlaubsvergütung bei fristlosem Auflösen des Arbeitsverhältnisses abzulehnen, stieß bei den Arbeitnehmern ebenfalls auf stärksten Widerstand, wie auch ferner die Forderung, die Hausbrandlohlen-Lieferung zu ermäßigen. Es ist nicht wahr, daß die Bergleute zu viel Kohlen erhalten. Weil allein schon der Transport der Kohle zu hoch sei, würde kein Bergmann mehr Kohlen beziehen, als unbedingt notwendig. Es scheint, als ob der Bergbau überhaupt keine Rücksicht nehmen wolle auf die Lage der Bergarbeiter und ihrer Familien.

In der Verhandlung mit dem Schlichter wurden die einzelnen Punkte - Forderungen und Gegenforderungen - noch besonders klargelegt, und wurde durch die Ausführungen der Arbeitnehmervertreter dem Schlichter



Florian Geyer

Theodor Mügge

XXV.

„Wenn man Zeit und Menschen bessern will“, antwortete Pirckheimer, „muß man nicht in dieselben Uebel fallen, welche man anklagt. Aber ich sehe es kommen, daß nun viele grausame und entsetzliche Dinge begangen werden im Namen des Rechts und der Freiheit, die Gott und Menschen entsetzen müssen.“

„Man wird dafür sorgen“, sagte Florian, „das Lamm zu verfluchen, wenn es endlich seine Zähne braucht, um den Wolf zu zerreißen; aber mit Recht fürchtet Ihr grausame Taten, edler Pirckheimer, ich fürchte sie nicht minder. Das Volk ist ein verlassener Hausen; ein Knecht, der seine Ketten zerreißt, kann nicht mit Einsicht und Weisheit handeln, er muß Freunde und Führer haben, die, verständiger als er selbst, sich seiner annehmen und ihm lehren, wie er gerecht verfahren soll. Wer aber könnte besser des verlassenen Volkes Berater und Helfer sein, als die klugen, freien Bürger in den Reichsstädten, und wer wäre zumeist dazu berufen, allen voranzustehen, als die edle, große Stadt Nürnberg, der Sitz deutscher Kunst, deutschen Geistes und deutscher Bildung, wohin diese auch streben.“

Pirckheimer lächelte milde.

„Ich hätte nicht geglaubt“, sagte er, „daß Ihr ein so guter Diplomat seid, doch glaubt mir, daß Ihr leichter Fürsten als Städte für diesen Zustand der Bauern gewinnen könnt; Nürnberg aber am wenigsten von allen.“

„Und ist denn das, was das arme, bedrückte Volk von seinen übermütigen Herren begehrt, Unrecht und eitle Falschheit?“ fragte Florian. „Könnt Ihr, ein edler, freigesinnter Mann, es so nennen? Ist es nicht die tiefste menschliche Entwürdigung, eines anderen Menschen Leibelgener zu sein, ohne Schutz, ohne Gesetz, jeder grausamen Laune, jedem nichtswürdigen Gelüft preisgegeben? Oder ist es nicht so? Wie woltet Ihr es leugnen, wo soviel Entsetzliches jeden Tag geschieht, wo kein Ort in dem weiten Deutschland ist, der nicht zertretene, verachtete Menschen hegt. Schinden und Schaben sind die Worte geworden, die das gequälte deutsche Volk zumeist als bittere Klage seiner Not im Munde führt und als seine einzige Rettung den allmächtigen Gott hat, der ihm endlich das Radeschwert in die Faust drückt.“

„Es ist nur zu viel Wahrheit darin!“ seufzte Albrecht Dürer betrübt.

„Ihr seid, wie ich glaube, kein Anhänger Thomas Münzers“, sagte Pirckheimer, „und ebensowenig will ich Euch damit belehren, daß Luther die Leibeigenschaft und alle Zehnten und Lasten gutheißt. Ihr wollt eine große Staatsumwälzung, die ein Volk von gleichen und freien Männern schafft, aber Ihr scheitert an der Unmöglichkeit, dahin zu gelangen. Die Städte werden niemals ihre Rechte und Güter für solche Freiheitsträume einsehen. Der Bauer bleibt allein mit seinen abgefallenen Pfarrern, und diese werden mit ihm ihr Blut lassen. Es ist heute die Nachricht eingetroffen, daß der Truchseß den großen Bauernhausen bei Leipheim an der Donau gänzlich besetzt und zerstört hat. Dem Pfarrer Jakob Wehe und vielen anderen sind die Köpfe abgeschlagen worden; so wird es überall gehen. Laßt ab von einem Beginnen, das mag es auch in sich wahr und edel sein, Euch doch verderben muß. Rettet Euch selbst, ehe es zu spät ist; bleibt hier, ich will Euch Schutz verschaffen, bis Ihr weiter könnt in die Schweiz.“

Florian richtete sich stolz und würdig auf.

„Habt Dank für Eure Güte“, sagte er, „doch kann ich sie nicht annehmen. Des Volkes Sache ist eine hohe und gerechte, Ihr selbst leugnet es nicht. Ich habe sie ergriffen mit Seele und Leib; verleihe ich sie, würde es mir zur ewigen Schande gereichen. Geht das Werk verloren, so ist der selbstsüchtige Eigennuß der Städte daran Schuld. Ihr verlaßt das Volk, so werdet auch Ihr einst verlassen sein.“

Pirckheimer war bewegt.

die Ueberzeugung beigebracht, daß die sogenannte Auslockerung des Lohntarifs nur eine Unterminierung des gesamten Tariffsystems bedeuten würde. Der Schlichter, Dr. Brahn, fällt darauf nach zweitägigen Verhandlungen, folgenden

Schiedspruch:

1. Der bestehende Lohn tarif wird unverändert verlängert.
2. Diese Regelung tritt am 1. Juni 1932 in Kraft. Der Tarif ist erstmalig mit Monatsfrist zum 31. Juli 1932, und dann laufend mit monatlicher Frist kündbar.
Erklärungsfrist: Mittwoch, den 1. Juni 1932, mittags 12 Uhr.

*

1. Der bestehende Rahmentarif wird mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

§ 2 erhält folgenden Zusatz:

„Ueber die Arbeitszeit darf zu gleicher Zeit verhandelt werden zu der über das bestehende Mehrarbeitsabkommen, während der Dauer dieses Tarifs verhandelt wird.“

Im § 4 fällt die Ziffer 3, Abj. 5 (Jedoch vermindert sich . . .), fort.

§ 4, Ziffer 4, erhält folgenden Zusatz:

„Von dieser Summe werden im Urlaubsjahr 1932 jedoch nur 70% bezahlt.“

§ 8, Ziffer 5 erhält folgenden neuen zweiten Absatz:

„Auch kinderlose Witwer und geschiedene Arbeiter sind bezugs-

berechtigt, wenn sie nachweislich ihren bisherigen Haushalt ohne Unterbrechung in unverändertem Umfang weiterführen.“

2. § 12 lautet:

„Dieses Abkommen tritt am 1. Juni 1932 in Kraft. Es gilt unkündbar bis zum 31. März 1933. Für diesen Zeitpunkt kann es erstmalig am 1. Februar 1933 und dann mit derselben Frist weiterhin gekündigt werden. Die Lohnordnung kann unabhängig davon gekündigt werden. Alle Kündigungen können nur durch und an die Verbandsleitungen und seitens der Arbeitnehmer nur gleichzeitig durch die unterzeichneten Verbände erfolgen.“

Erklärungsfrist: Mittwoch, den 1. Juni 1932, mittags 12 Uhr.
gez.: Brahn.

*

Aus dem Schiedspruch ist zu ersehen, daß der Lohnvertrag um zwei Monate verlängert ist, und daß ferner besonders in der Urlaubsfrage eine schwerwiegende Änderung eingeführt werden soll, das alles nur aus dem Grunde, um angeblich die Selbstkosten herabzusetzen. Daß dieses bisher immer nur auf Kosten der Bergarbeiter geschehen ist, ist der Öffentlichkeit allgemein bekannt. Der Schiedspruch zeigt aber auch ferner, daß die Verhältnisse im Bergbau unbedingt zu einer Lösung drängen. Wenn vor einiger Zeit von einer Verstaatlichung des Bergbaues geredet wurde, dann in der Hauptsache aus dem Grunde, weil der Zechenverband es dahin treibt und keine Rücksicht auf die Arbeitnehmer nehmen will.

Padberg.

Verbandsgebiet

Sommerurlaubsarten ab 1. Juni

Eine ungerechte Regelung.

Vom 1. Juni ab gewährt die Reichsbahn die Möglichkeit, längere Ferienreisen durch Benützung der neuen Sommerurlaubsarten um 20% zu verbilligen. Diese Karten werden für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober eingeführt und haben eine Geltungsdauer von 2 Monaten. So erfreulich an sich eine solche Vergünstigung ist, so ungerecht wirken die Bedingungen, an welche sie geknüpft ist. Zunächst muß sich die Reise auf 200 Kilometer erstrecken. Die Hinreise muß am 1. Geltungstage, die Rückreise darf nicht vor dem 11. Geltungstage angetreten werden.

Gerade die letztgenannte Bedingung macht die Vergünstigung der Reichsbahn für alle Arbeitnehmer illusorisch, welche unter 11 Tagen Urlaub haben. Sie schaltet damit einen recht erheblichen Teil der Menschen aus, die am notwendigsten eine Verbilligung gebrauchen könnten. So fallen sicherlich 95% aller Metallarbeiter aus, weil deren Urlaub sich unter 11 Tagen bewegt.

Wir glauben nicht, daß die Reichsbahn gerade das im Auge hatte, als sie ihre Bedingungen für die verbilligten Sommerurlaubsarten festlegte. Jedenfalls war sie aber schlecht beraten, und wir hoffen, daß man durch Verkürzung der Zeitdauer zwischen Hin- und Rückreise auf 7 Tage

auch alle die Hunderttausende mit einbezieht, welche sich mit 1 Woche Urlaub bescheiden müssen.

M. F.

Richard Galkowski †

Unerwartet hat der Tod unsern Kollegen Richard Galkowski, Bezirksleiter unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes (Bezirk Danzig), im 52. Lebensjahre aus unseren Reihen gerissen. Schon früh trat Galkowski, ergriffen von der christlichen Gewerkschaftsidee, unserem Verband bei und arbeitete mit Hingabe und Opferbereitschaft.

Im Jahre 1911 wurde er Bezirksleiter unseres Verbandes für das östliche Deutschland, wo er aus den geringen Ansätzen eine starke Bewegung schuf. Kollege Galkowski wurde u. a. auch Vizepräsident des Danziger Volkstages.

Was unsern Kollegen Galkowski auszeichnete, war seine unermüdlige Schaffenskraft auch in schweren Tagen, sein leidenschaftliches Sicheinsehen für das Deutschland und das Bestreben, über die sozialen Gegensätze eine verbindende Brücke zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlagen.

Unser Christlicher Metallarbeiterverband verliert in dem zu früh Geschiedenen einen eifrigen und tatkräftigen Kollegen und Führer. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Er möge ruhen in Frieden.

... r.

„Ich so wenig, wie irgendein Mensch auf Erden“, sagte er, „kann etwas daran ändern.“

„So müssen wir es allein versuchen“, antwortete Florian. „Ich hab's gewagt!, war Suttens Spruch, so sprach auch ich, da ich den Rittermantel von mir warf.“

Damit stand er auf und sagte ihnen Lebewohl. Es war vergebens, daß sie ihn zurückhalten wollten.

„Seht denn mit Gott, lieber Junker“, sprach Albrecht Dürer, und küßte ihn, liebevoll. „Möge sich nie erfüllen, was mein banges Gesicht sah.“

„Und hört noch dies“, fügte Pirtheimer hinzu, und gab ihm seine Hand. „Es ist heute im Räte beschlossen worden, zwar unsere Pflichten gegen den Schwäbischen Bund zu erfüllen, doch nicht mehr, nicht weniger. Wo wir schütten und vermitteln können, soll es geschehen, und wenn Ihr selbst Schutz bedürft, so kommt zu uns. Vergesst nicht, daß Ihr Freunde in Nürnberg besitzt.“

Als Florian auf der Gasse war, hob er seine Augen zum Sternenhimmel auf und sprach mit seiner tiefen Stimme:

„Menschenwitz und List verwerfen uns, so hilf du zu deinem Werke!“

Er ging zu Peter Discher, und der alte Meister rief ihm entgegen:

„Ich dachte es wohl, daß Ihr nach Nürnberg kommen würdet zu sehen, wer recht hat, Ihr oder ich. Nehmt Euch in acht vor den Nürnberger Söhnen, Junker, sie möchten Euch noch in Leid bringen; aber Ihr habt Geld, viel Geld, so könnt Ihr alles kaufen. Habt Ihr Geld genug, kauft Ihr Kaiser und Reich und bekommt Nürnberg als Zugabe.“

Florian lehnte sich zu ihm und seinen Söhnen und vervollständigte bald seine Ueberzeugung, daß von hier aus kein Beistand zu erhoffen sei.

„Sofft nichts von uns“, sagte Peter Discher: „wir sind zu kluge Leute. Mögen es manche auch für Schimpf halten, wenn die große protestantische Stadt das Evangelium im Stich läßt, ein paar gottlose Buben auch wohl Leib und Leben wagen wollen, um Nürnberg in die evangelische Verbrüderung zu bringen, glaubt es ihnen nicht, es geschieht doch nimmermehr. Das Beste, was ich Euch raten kann, ist, daß Ihr Nürnberg schnell verläßt. Denn wenn der Rat es morgen für vorteilhaft findet, Euch in den Turm zu stecken, sieht Ihr sicher darin und niemand wird Euch herausziehen.“

So schied Florian von dem ehrlichen Kunstgießer und von einigen andern Männern, die zwar seiner Sache, aber noch mehr ihren Handelsvorteilen gewogen waren. In der Nacht noch machte er sich auf und kehrte nach Rothenburg zurück.

Niemand hatte ihn begleitet, als der alte getreue Sinold und Rudolf Reinstein, der ehemalige Page des Bischofs. Florian hatte ihn nicht bewegen können, sich von ihm zu trennen. Als aber feht der Morgen kam, und die drei Reiter auf eine Höhe gelangten, wo mehrere Wege sich trennten, hielt Florian an und betrachtete die Berge zur Rechten, aus denen die Tauber hervorströmt, zur Linken die wellige schöne Ebene mit Wäldern und lichten, grünen Auen und Saaten. Die junge Sonne umglänzte sie lieblich und friedlich, aber die Berge hingen im Nebel; ein blutrot Licht hüllte sie ein, das vom Himmel bis auf die Erde reichte. Florian blickte lange darauf hin, dann auf seinen jungen Begleiter, der diese Betrachtung nicht aushalten konnte.

„Wenn es nicht allzu wichtige Dinge sind, teuerster Florian, die dein Gemüt beschäftigt“, sagte er mit seiner gewöhnlichen guten Laune, „so wolle ich, du erinnerstest dich auch daran, daß diese Nacht ziemlich kalt war, und eine warme Suppe hungrigen Menschen gewiß nicht schaden könnte.“

„Dieser Weg zur Rechten führt nach Uffenheim“, antwortete Florian.

„Richtig“, versetzte Rudolf, „und zur Linken haben wir Rothenburg, doch wird Junker Menzingen leider wohl gespeist haben, ehe wir es erreichen.“

„In drei Stunden kannst du in Uffenheim sein.“

„Ich will kein Pferdefleisch sparen“, erwiderte Rudolf, „wenn du einen Auftrag für mich hast.“

„Du sollst nicht wieder mit mir nach Rothenburg zurückkehren. Ich hätte es niemals dulden sollen, dich so zu verderben.“

„Ich soll dich verlassen!“ rief der Page lustig lachend, „davor werde ich mich gehoramt hüten. Wohin soll ich denn gehen? Der Bischof mag mich sicherlich nicht wieder haben, es sei denn, um mich aufhängen zu lassen, und dazu spüre ich durchaus kein Verlangen. Mein Vater aber würde mich mit Sünden hegen, was ebensowenig angenehm genannt werden kann.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Hammer

Jugendchrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 6

Duisburg, den 18. Juni 1932

13. Jahrgang

Darf sich der Arbeiter gewerkschaftlich organisieren?

Diese Frage mutet heute fast lächerlich an. Wir haben heute sogar verfassungsmäßig das Recht zur Organisation festgelegt und sind in der Lage, jeden Eingriff in dieses gesetzlich gewährleistete Recht zurückzuweisen. Besonders die werktätige Jugend sieht diesen Zustand als selbstverständlich an. Viele unserer jungen Freunde wissen nicht, daß es mal Zeiten in Deutschland gegeben hat, in der das Recht sich zu organisieren, sehr umstritten war. Bis ins 19. Jahrhundert hinein war in vielen deutschen Ländern dieses Recht den Arbeitern gesetzlich verboten. So wurden durch die Preussische Gewerbeordnung von 1845 die bestehenden Koalitionsverbote erneut bestätigt und sogar 1854 auf landwirtschaftliche Arbeiter und 1860 auf die Bergarbeiter ausgedehnt. Sachsen hob zuerst am 15. Oktober 1861 die Koalitionsverbote auf. Ihm folgte Preußen im Jahre 1867 und die meisten übrigen Staaten mit Einführung der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes vom 21. Juni 1869.

Die Gewährung der gesetzlichen Vereinigungsfreiheit, welche mit der Aufhebung der Verbote verbunden war, war natürlich weiten Kreisen recht unangenehm. Besonders die Wirtschaft war bis in die Zeit des Krieges hinein unablässig bemüht, den Arbeitern das Recht zum Zusammenschluß zu entreißen oder durch vielerlei Druckmaßnahmen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiter zu verhindern. Viele Kämpfe mußte die Arbeitergewerkschaft zur tatsächlichen Erreichung der Vereinigungsfreiheit führen. So wurde z. B. unser Verbandsvorsitzender Kollege **Wieber** im Jahre 1889 von seiner Firma ein halbes Jahr lang ausgesperrt, weil er sich für die Organisation der Arbeiter einsetzte. Dieser Druck auf die Arbeiter hat bis zum Krieg nicht abgerissen. Aus der Anzahl der Fälle seien im folgenden nur einige herausgegriffen, welche die tatsächliche Rechtlosigkeit der Arbeiter deutlich illustrieren.

Im Jahre 1916 verlangte der Arbeitgeberverband im Kreise **Altenkirchen** die Unterschrift folgenden Reverses:

„Hierdurch erkläre ich, daß ich weder Mitglied des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter noch irgendeiner anderen Organisation bin und nicht seit dem 1. April dieses Jahres gewesen bin. Falls sich herausstellen sollte, daß diese meine Angabe auf Unwahrheit beruht, verpflichte ich mich, vom 15. April dieses Jahres mit sechstägiger Kündigung zu einem Stundenlohn von 0,30 Reichsmark zu arbeiten. Diese Verpflichtung hat rückwirkende Kraft mit der Maßgabe, daß ich etwa zuviel bezahlten Lohn zurückzahle oder mir einhalten lasse, falls sich meine Angabe später als unwahr herausstellen sollte.“

Die **Signalbauanstalt Scheidt und Bachmann M. Gladbach** ging 1911 besonders scharf gegen ihre Arbeiter vor. Sie stellte keinen christlich organisierten Arbeiter ein. Jeder Arbeiter mußte die schriftliche Erklärung abgeben, daß er sich der christlichen Gewerkschaft nicht anschließe. Sie verlangte als Zeichen des Austritts sogar das Verbandsbuch, und als dieses in einigen Fällen nicht beigebracht wurde, eine Bescheinigung des Gewerkschaftssekretärs über den erfolgten Austritt.

Im Jahre 1911 ließ der Direktor **Reusch** der **Gutehoffnungshütte Sterkrade** auf Beschluß des Vorstandes die Verbandszugehörigkeit der technischen Angestellten ermitteln. Am 25. Oktober 1911 erhielten die Festgestellten einen Revers folgenden Inhalts vorgelegt:

„Sterkrade, den 25. Oktober 1911.

Ich verpflichte mich, sofort meinen Austritt aus dem Bund der technisch-industriellen Beamten anzumelden.“

Dem Vorstehenden des Verbandes deutscher Techniker wurde anheim gegeben, „am besten eine von allen Mitgliedern unterschriebene Erklärung einzureichen.“ Wer dieser Drohung nicht erlag, erhielt den schon fertigen Kündigungsbrief:

„Auf Ihre ferneren Dienste verzichten wir und untersagen Ihnen ab heute das Betreten unserer Werke. Ihr Gehalt bis zum Ablauf Ihrer Kündigung können Sie heute nachmittag an unserer hiesigen Werkkasse in Empfang nehmen.“

In der **Eppendorfer Spielwarenfabrik** vorm. **Paul Leonhard GmbH.** wurde am 12. Januar 1913 folgende Bekanntmachung angeschlagen:

„Wer nachstehende Erklärungen, d. h. eine davon, nicht unterschreibt, erhält Sonnabend, den 18. Januar, gekündigt.“

1. Ich erkläre hierdurch unterschriftlich, daß ich dem **Holzarbeiterverbande** nicht angehöre und bin einverstanden, daß ich bei Eintritt kündigungsgelos entlassen werden kann, oder

2. Ich erkläre hierdurch unterschriftlich, daß ich mich verpflichte, meine Abmeldung aus dem **Holzarbeiterverband** bis 18. Januar früh vorzunehmen und bin einverstanden, daß ich kündigungsgelos entlassen werden kann, wenn ich wieder beitrete.“

Das Schöffengericht in **Augustsburg** wies den Entschädigungsanspruch eines entlassenen Arbeiters u. a. wie folgt ab:

„Es liegt also (— weil angeblich der Unternehmer der wirtschaftlich Schwächere sei — der Verfasser) in einer solchen vereinzelten Maßnahme keine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter, sondern sie ist vielmehr ein durchaus berechtigtes Mittel des Arbeitgebers im wirtschaftlichen Daseinskampfe, um sich dem Einfluß des Arbeiterverbandes auf seinen Betrieb wenigstens einigermaßen oder für einige Zeit zu entziehen.“

Bei der **Kugellagerfabrik Rheinland (Düsseldorf)** wurde 1913 allen Neueintretenden ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt, das unter anderem folgenden Wortlaut hatte:



Fritz Köhrs

Metallarbeiterjugend am Rhein

„Der (die) Unterzeichnete erklärt deshalb, keinem andern Verbands als dem von der Firma gegründeten gelben Werkverein — Der Verfasser) anzugehören, resp. falls er (sie) in einem solchen ist, aus demselben sofort auszutreten oder während der Beschäftigungsdauer bei der Maschinenfabrik „Rheinland“ AG. zu Düsseldorf keinem andern Verbands beitreten zu wollen und ist auch damit einverstanden, daß er (sie) im gegenteiligen Falle sofort ohne Kündigung (selbst bei Anstellung auf Kündigung) entlassen werden kann und ihm (ihr) als Rückvergütung der Kosten, die der Firma durch seine (ihre) Mitgliedschaft entstanden sind, außerdem 2 Schichten am Verdienst gekürzt werden können. Dasselbe tritt ein, falls der (die) Unterzeichnete sich an einem Streik beteiligt.“

Düsseldorf, den 1913.“

Hier stellt sich das Gewerbegericht Düsseldorf erfreulicher und richtigerweise auf den Standpunkt, daß ein solches Vorgehen ungeheuerlich sei und die geleistete Unterschrift nicht gelte.

*

Die Biskuitfabrik „Holland“ in Cleve erließ 1914 folgenden Nachtrag zur Arbeitsordnung:

§ 1: Er (der Arbeiter) muß ferner die schriftliche Erklärung abgeben, daß er keinem Arbeiterverband angehört.

§ 2: Als gegenseitige Kündigungsfrist sind 14 Tage festgelegt. Wer trotzdem einem Arbeiterverbande beitrete, hat dieses sofort der Leitung zu melden und wird von dieser sofort ohne Kündigung entlassen.“

*

Nicht nur das Koalitionsrecht der Arbeiter war den Scharmachern ein Dorn im Auge. Auch alles, was sonst mit gewerkschaftlicher Betätigung zusammenhing, war in der Vorkriegszeit hart umkämpft. So erfreute sich auch das gewerkschaftliche Versammlungsleben einer „liebdevollen“ behördlichen Aufmerksamkeit. Unter den lächerlichsten Vorwänden wurden oft die Versammlungen verboten. So in einem Falle, weil in dem betreffenden Orte die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen sei. In einem anderen Falle eine Versammlung unter freiem Himmel, weil durch sie die Fasanen des Grafen Senkel von Donnersmarck gestört werden könnten, in einem anderen Falle, weil die Gefahr bestände, daß die Teilnehmer auf einem Nachbargrundstück ihre Bedürfnisse verrichten könnten.

Auch das Streikpostenstehen war den sozialreaktionären Kreisen bitter verhaßt. Sie taten alles, um ein völliges Verbot dieses Rechtes durchzusetzen. Bis in die höchsten Spigen der Regierung machten sie ihren Einfluß geltend. Ihm erlag auch der damalige Kaiser Wilhelm II. In seiner bekannten Rede auf dem Sparrenberg bei Bielefeld am 18. Juni 1897 sprach er die Hoffnung aus, daß Westfalens Söhne nicht zurückstehen würden in der Durchführung seines Programms:

„Schutz der nationalen Arbeit aller produktiven Stände, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rücksichtslose Niederwerfung jeden Umsturzes und die schwerste Strafe dem, der sich untersteht, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“

Ein Jahr später kam der Kaiser in einer Rede in Weynhausen hierauf mit folgenden Worten zurück:

„Der Schutz der deutschen Arbeit, der Schutz desjenigen, der arbeiten will, ist von mir im vorigen Jahre in der Stadt Bielefeld feierlich versprochen worden. Das Geheiß naht sich seiner Vollendung und wird den Volksvertretern noch in diesem Jahre zugehen.“

Die Verwirklichung dieses Kaiserwortes dauerte den Reaktionären indes zu lang.

So verlangte 1910 der Vorstand des Arbeitgeberverbandes im Regierungsbezirk Köln in einer Eingabe an das Ministerium des Innern ein „geheuliches und unbedingtes Verbot des Streikpostenstehens und was damit zusammenhängt“. Die konservative „Kreuzzeitung“ (Berlin) gab am 8. November 1913 ihrem Mißfallen über das Zögern offenen Ausdruck. Sie schrieb in ihrer Nr. 525 u. a. folgendes:

„So bestimmt und programmatisch hier der Kaiser den Schutz der Arbeitswilligen fordert und in Aussicht stellt, so wenig Mut und Kraft zeigt sein erster Diener in der Verwirklichung des kaiserlichen Programms.“

Dabei waren wahrhaftig in dem berüchtigten § 153 der Gewerbeordnung allerhand Sandhaken gegeben, welche auch im großen und ganzen oft rigoros und meistens einseitig gegen die Arbeiter angewandt wurden. Viele, viele Arbeiter haben durch diesen Paragraphen Bekanntheit mit dem Gefängnis machen müssen oder wurden zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt.

So wurden in Stolp im Jahre 1913 im ganzen 45 Streikende zu insgesamt 2 Jahren Zuchthaus, 7 Jahren und 10 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und 336 RM Geldbuße verurteilt.

Die Strafkammer Erfurt verurteilte im gleichen Jahre einen Gewerkschaftsbeamten, der einen Streikbrecher mit dem Wort: „Streikbrecher“ beleidigt haben sollte, deswegen zu 5 Monaten Gefängnis.

In Stettin dagegen wurde ein Streikbrecher, der einen Streikenden mit dem Messer tötete, freigesprochen.

Streikende der Erfurter Stuhlfabrik, welche mit einem Arbeitswilligen in Wortwechsel gerieten, wobei letzterer eine Ohrfeige erhielt, mußten diese „furchtbare“ Tat mit 6, 5 und 1 Monat Gefängnis büßen. So verurteilte die Erfurter Strafkammer im Jahre 1913. So könnte man Hunderte und aber Hunderte von Urteilen solcher und ähnlicher Art anführen.

Erfreulicherweise lehnte der Reichstag im Januar 1913 den konservativen Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens mit 285 gegen 52 Stimmen ab. Aber noch im Januar 1914, also im gleichen Jahre in welchem der Weltkrieg ausbrach, erließ der Senat der Freien und Hansestadt Lübeck folgende bezeichnende Verordnung:

„Verbot des Streikpostenstehens. Personen, welche planmäßig zum Zwecke der Beobachtung oder Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstelle oder des Zuganges von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle an einem öffentlichen Orte sich aufhalten, werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bestraft.“

Die geschilderten Fälle zeigen mit aller Deutlichkeit, wie rechtlos und unfrei die deutsche Arbeiterschaft war. Seit dem Kriege ist doch in dieser Hinsicht eine ganz erhebliche Besserung eingetreten. Heute verstößt der gegen die Reichsverfassung, wer den Arbeitern die Koalitionsfreiheit zu nehmen versucht oder gegen Arbeiter vorgeht, weil sie sich organisieren. Gewiß ist die heutige Lage breiter Volksschichten, besonders der Arbeiterschaft materiell sehr schlecht. Es könnte aber nichts schlimmeres für die Arbeiterschaft geben, als wenn sie außerdem auch noch ihre Rechte und Freiheiten einbüßte. Darauf arbeiten starke sozialreaktionäre Kreise hin. Sie wissen, daß man einen rechtlosen und unfreien Stand sehr leicht stets unter Druck halten kann. Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, sorgsam auf der Hut zu sein und ihre Organisation recht stark und schlagkräftig zu erhalten. Besonders die Jugend, welche doch in erster Linie Wert auf ihr Recht und ihre Freiheit legen sollte, muß alles tun, um ihren Verband möglichst stark und einflußreich zu machen. Uns scheint, daß die große Werbestunde der organisierten Jugend gekommen ist. Das Werk der Arbeiterfeinde darf nicht gelingen, und es wird scheitern, wenn wir nur wollen. M. F.

Jugendkonferenz Saargebiet

Bezirkskonferenz des Saargebiets. Rund 200 Jugendführer waren am 24. April aus zahlreichen Orten des Saargebiets erschienen und legten Zeugnis ab für den gesunden Geist, der in der christlich organisierten Arbeiterjugend herrscht und der es ablehnt, sich vor den verfahrenen politischen Karren der Partei der abgedankten Prinzen und pensionierten Generale, dem Nationalsozialismus, als auch der Partei des russisch-asiatischen Kommunismus spannen zu lassen. Die christliche Metallarbeiterjugend weiß, um was es geht, und es zeigte die außerordentlich hochstehende, sich frei von Phrasen und Uebertreibungen haltende Aussprache, an der sich die älteren und jüngeren örtlichen Führer lebhaft beteiligten, eine überraschend klare Beurteilung der Absichten der modernen Gewerkschaftsfeinde, Hitlerianer und Stalinisten, beides undeutsche Gewächse. Den Glückwünschen der Redner an den Bezirksleiter Pich zu dessen fünfzigsten Geburtstag schloß sich das Gelöbnis unwandelbarer Treue zu Organisation und Leitung und der Dank für die vom Führer seit Jahrzehnten im Saargebiet der Arbeiterschaft und der deutschen Sache geleisteten Dienste an. Verdienste, die nicht verdunkelt werden können von Elementen, über deren nationale Zuverlässigkeit noch nicht der letzte Schleier gelüftet ist, und die auf wirtschaftlichem Gebiete, als Wegbereiter gelber kirchhofs-friedlicher Organisationen, durch Bekämpfung der bestehenden deutschen Gewerkschaften, einem ausländischen Kapital Helfersdienste gegen eine aufrechte deutsche Arbeiterschaft leisten. Bezirksleiter Pich sprach über die „Aufgaben und Ziele der deutschen Arbeiterjugend im Saargebiet“. Klar und eindeutig, frei von Versprechungen und Phrasen skizzierte der Redner die heutige Lage, unter der die Arbeiterschaft am stärksten leidet und die nicht mit politischen Schlagworten vom „Systemwechsel“ verbessert werden kann. Mit diesen Schlagworten läßt sich die Arbeiterschaft und die schaffende Jugend nicht abtrün-

gen von dem Ziele: „vollwertige Eingliederung des Arbeiterstandes in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“, ein Ziel, das nur durch eine auf christlichem und nationalem Fundament aufgebaute Gewerkschaft erreicht werden kann, nicht aber durch vom Ausland oder von reaktionären Unternehmern finanziell ausgehaltenen Parteien. Redner schilderte dann die Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Wirkungen, sowie die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Er gab sodann in großen Umrissen ein Bild des Werdeganges der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihren ungeheuren Opfern, die den Pionieren der Bewegung auferlegt wurden. Die Verfolgung durch die Sorte von Unternehmern, die heute wieder mit Hilfe der ihnen willfährigen Partei die Arbeiterschaft knechten wolle. An dem politischen Weltbild der Arbeiterschaft werden diese Absichten scheitern. Aufgabe der Jugend ist es, das Erbe der Väter auszubauen für den eigenen Stand und seine Zukunft. Nun begann die Aussprache, die wir in ihren Grundzügen eingangs schilderten. Hochstehend und weitblickend, ohne Phrase, aber klar und entschlossen. Schwierigkeiten und Erfolge der Werbearbeit wurden geschildert, neue Wege zu weiteren Erfolgen gezeigt. Gemachte Erfahrungen bei der Bildungsarbeit wurden ausgetauscht, ergänzt und vertieft. Ein großes Jugendtreffen im Laufe des Sommers wird der Öffentlichkeit den Aufschwung der christlichen Metallarbeiterjugend vor Augen führen. Mit berechtigter Genugtuung konnte Bezirksleiter Pich den Verlauf dieser Jugendtagung als Ehrentag des Christlichen Metallarbeiterverbandes an der Saar bezeichnen. Als eine Tagung, deren Geist zeigt, daß die christliche Metallarbeiterjugend als leuchtendes Beispiel für eine Ausübung zielklarer Standesarbeit angesehen werden kann. Daß in ihr der alte Geist der Bewegung lebt, der die Arbeiterschaft befreit hat aus unwürdigen Fesseln, und der auch weiterhin eine neue Knebelung verhindern wird. Aus zweihundert Kehlen erscholl das anfeuernde Verbandslied „Christus, Herr der neuen Zeit“. Christliche Arbeiterjugend, schreite diesen Weg weiter!

Aus Beruf und Leben

Was ist Atmosphäre und Stratosphäre? Das Wort Atmosphäre ist griechisch und heißt Lufthülle, besonders um die Erde. In der Nähe der Erde besteht sie zu vier Fünftel aus Stickstoff, zu ein Fünftel aus Sauerstoff. Die Atmosphäre wird eingeteilt in die wolken- und windreiche Troposphäre bis 10 Kilometer Höhe, darüber bis etwa 65 Kilometer die sauerstoffarme, wenig bewegte Stratosphäre mit wachsendem Stickstoffgehalt. In größten Höhen schwebt gefrorener Stickstoffstaub in Wasserstoff. Die Junkers-Werke in Dessau haben ein Stratosphärenflugzeug erbaut, das eine Höhe von 16 000 Meter (hier herrscht etwa 70 Grad Kälte) und mit 500-Kilometer-Stundengeschwindigkeit Neupork von Berlin aus in 12 Stunden erreichen soll. Do X flog jetzt in 52 Stunden von Neupork nach Berlin.

*

Farblose Hohenofenschlacke als Glaserzahn. Welche Verwendungsmöglichkeiten hat doch die Hohenofenschlacke? Da wird Schlackenand zu Zement, als Betonzusatz, für Bergverhau, für Wegebau verwendet. Aus der flüssigen Schlacke gießt man Pflastersteine, Grenzsteine, Randsteine und anderes Straßenbaumaterial. Man verbläst sie zu Schlackenwolle, die Schalldämpfer- und Isolierzwecken dient. Selbst das auf die halbe geklippte Material dient noch zum Straßenbau als Packlage, bei der Eisenbahn als Schotter zum Schwellenstopfen, als Splitt, als Dammfüllung; man bricht Schollen zu Schotter, verwendet sie zu Beton und Zementwaren usw. In Amerika geht man neuerdings dazu über, aus Hohenofenschlacke auch fast farbloses Glas zu erzeugen. Dieses Schlackenglas soll sehr billig und zugfest sein, außerdem ist es wärmebeständig und fest gegen heiße Laugen, heiße Säuren und heißes Wasser.

*

Interessantes vom Eisen. Eisen hat die Atomnummer 26, d. h. nach der Rutherford'schen Theorie enthält der Atomkern 26 positive Ladungseinheiten. In neutralem Zustand des Atoms umkreisen ihn 26 Elektronen in elliptischen Bahnen. Eisen teilt mit den Metallen Kobalt und Nickel die wichtige Eigenschaft hoher Magnetisierbarkeit, übertrifft sie jedoch bei weitem. Reines Eisen ist so weich, daß man es mit einem Stahlmesser schneiden kann.

*

Was ist ein Atom? Nach der Atomlehre sind Atome Urteile und nicht mehr teilbar. Diese Ansicht ist überholt. Neuerdings stellt man sich ein Atom als ein Planetensystem vor, mit einem Zentralgestirn, dem Atomkern, und 1 bis 92 Trabanten, Elektronen, die um den Kern ihre Bahnen ziehen. Der Durchmesser des „Zentralgestirns“, eines kugelig angenommenen Atomkerns für Kupfer wird auf 0,00000000001 Zentimeter und für Gold auf 0,000000000038 Zentimeter angegeben. Das ist soviel wie „nichts und gar nichts“. Die Atomkerne sind 100 000mal kleiner als ein Atom.

*

Zucker als Mörtelzusatz. 1922 baute L. O. Hall eine Versuchsbacksteinmauer mit Mörtel, der aus 1 Teil Löschkalk und 4 Teilen Sand bestand und mit Wasser angemacht war, dem man 3% billigen braunen Zucker zugefügt hatte. In wenigen Stunden band der Mörtel so gut und hart ab wie Portlandzement, obgleich man ihn feucht hielt. Zur Gegenprobe erbaute man mit dem gleichen Mörtel eine andere Mauer, aber ohne Zuckerzusatz, an der sich nicht die geringste Neigung zum besseren Abbinden zeigte.

Schwimmfähige Bausteine. Im Bestreben, die Hochhäuser immer höher zu bauen, empfahl es sich, leichteres Auskleidungsmaterial für das Stahlgerüst zu suchen. Burgeß hat jetzt einen Baustoff hergestellt, der nur ein Fünftel so schwer wie gewöhnlicher Backstein ist, so daß er auf dem Wasser schwimmt. Seine Druckfestigkeit ist aber immer noch so groß, daß man damit einen Turm von fünffacher Höhe des Empire State Buildings, also in 1500 Meter Höhe bauen könnte.

*

Die Schleicher-Papen-Regierung erklärt: „Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Glaubst du das?

*

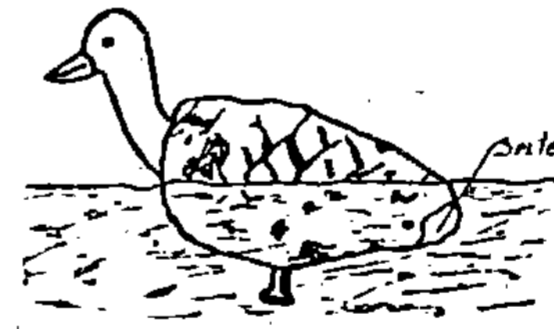
Anzeigenpreise der Weltpresse. Hans Otto Söggow berichtet über bedeutende Anzeigenpreise der Presse. Einmalig erscheinende Anzeigen kosten:

Berliner Morgenpost, Anzeigenseite	fast	4 000 RM
Frankfurter Zeitung	3 000 "	
Berliner Tageblatt	2 850 "	
Berliner Lokalanzeiger	2 850 "	
Berliner Illustrierte	13 376 "	
Münchener Illustrierte	5 530 "	
Grüne Post	8 000 "	
Hamburger Illustrierte	1 950 "	
Schweizer Beobachter	2 800 "	
Tschechische Illustrierte	750 "	
Frankreich Cadive	2 740 "	
Illustration	3 295 "	
England The Punch	4 000 "	
Sunday Graphic	15 000 "	
Sunday Pictorial	20 000 "	
Amerika Saturday Evening Post	33 600 "	
American Weekly	65 000 "	

Die „Berliner Illustrierte“ hat durchschnittlich in jeder Nummer für 200 000 bis 225 000 RM Anzeigen. Jährlich sind das bei 52 Nummern mal 200 000 = 10 400 000 RM.

*

Wer baut einen Seifenmotor? Zunächst beschaffen wir einen trockenen Fichtenzapfen. Dann schneiden wir einen Entenhals mit Kopf und Schnabel aus Konservendbüchsenblech und befestigen ihn am oberen Ende des Zapfens. Wirkungsvoll ist es, Hals und Kopf weiß, das Auge schwarz und den Schnabel gelb oder rot zu streichen. Als Kiel dient eine mittlere Holzschraube. Sehen wir die Fichtenzapfente ins Wasser, wird sie vom Magneten angezogen. Sie bewegt sich aber aus eigener Kraft, bringt man am anderen Ende des Zapfens ein Stück Seife an. Wer baut sich diesen Seifenmotor und beantwortet uns die Frage, warum die Fichtenzapfen-Ente sich fortbewegen kann?



Preiswettbewerb der Mundharmonika-Orchester in Trossingen

Wir befinden uns auf dem Wege zu einer neuen Volksmusikbewegung. Das zeigt so recht das 1. Preiswettbewerb des Mundharmonika-Orchester-Verbandes Oberer Neckar in Verbindung mit dem Orchester-Verband des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands für den Bezirk der Württembergischen Harmonika-Industrie. Die Bewegung der Mundharmonika-Orchester ist gewachsen, nicht nur nach der Zahl der Orchester, sondern auch was die Entwicklung des Kunstsinns und die Qualität der musikalischen Leistungen anbetrifft. In Deutschland bestehen bereits etwa 6000 Mundharmonika-Orchester; im Ausland benutzen über 10 000 Orchester die deutsche Mundharmonika. Trossingen ist der Hauptsitz der deutschen Mundharmonika-Industrie, die Firma Sohner daselbst die größte Mundharmonika- und Akkordion-Fabrik der Welt. Durch die Herstellung von Instrumenten zum Zusammenspielen im Orchester und durch Bereitstellung eines guten Schulungs- und Notenmaterials hat die Firma Sohner der Volksmusikbewegung unschätzbare Dienste geleistet. Eine nur geschäftliche Bewertung wäre hier verfehlt und unzutreffend.

So stand die große Trossinger Veranstaltung am letzten Sonntag ganz im Zeichen der Volkskunst, der neuen Volksmusikbewegung, der Pflege der Geistes- und Gemütswerte im Volke. Und wer geglaubt hatte, daß es nicht möglich sei, mit der billigen Mundharmonika gute Orchestermusik zu machen, der wurde mehr als angenehm enttäuscht, die besten Erwartungen wurden noch weit übertroffen. 17 Orchester waren zum Wettbewerb angetreten. Neben denen aus dem Bezirk des oberen Neckars trat auch ein Damen-Mundharmonika-Orchester aus Bregenz — als österreichische Gäste besonders lebhaft begrüßt. Aus dem Stuttgarter Gebiet waren das Orchester des Turnvereins Cannstatt und Sohner-Klänge Cannstatt erschienen.

In den Darbietungen wechselten einfache Volkslieder, die so recht die gemütsvolle deutsche Volksseele wiedergaben, ab mit klassischen Stücken. Wer hätte früher geglaubt, daß ein Mundharmonika-Orchester wirkungsvoll den Pilgerchor aus Tannhäuser zum Vortrag bringen könne, wie es so vorzüglich vom Orchester des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Böttingen geschah unter einem Arbeiterdirigenten; ebenso das Largo von Händel (Orchester Schörzingen), Moses Tod aus der Peer-Gynt-Suite (Orchester Denklingen). Der japanische Laternentanz, vorgetragen vom Orchester des Turnvereins Cannstatt, löste ebenfalls Beifallsstürme aus. Man staunte über die Klangfülle und Verwendungsmöglichkeit der Mundharmonika und über das, was die Orchester in ihren verschiedenen Zusammenfassungen von älteren und ganz jungen Spielern leisteten. Es ist unmöglich, alles im einzelnen auszuführen. Die Gesamtschöre boten „In die weite Welt“ und das Silberlied: „Morgen muß ich fort von hier“.

Eingeleitet wurde die sehr stark besuchte Veranstaltung durch eine Begrüßung von Hauptlehrer Er r a t h (Wilsingen) und des Bürgermeisters von Trossingen, Landtagsabgeordneter Gengler (Stuttgart), Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes, sprach über die Gesichtspunkte der Arbeiterchaft, insbesondere auch der Harmonika-Industrie zur Förderung der Orchesterbewegung: Die Kunst des Volke, Pflege der Geistes- und Gemütswerte, Verbindung des Harmonikaarbeiters mit seinem Arbeitsprodukt, Berufserhebung und Wertung. Die Mundharmonika ist heute nicht mehr bloßes Spielzeug, sondern auch qualifiziertes Musikinstrument. Das Mundharmonika-Orchester Trossingen unter Leitung des Meisterspielers Schittenhelm zeigte zum Abschluß des Wettspiels auch noch seine weithin in den deutschen Gauen bekannte künstlerische Leistungsfähigkeit. Die Tagung zeigte das Streben breiter Volksschichten, namentlich aus der Arbeiterwelt, an dem Kultur- und Musikleben des Volkes teilzunehmen, in der heutigen materialistischen Zeit besonders begrüßenswert.

„Volkes Stimme - Rindviehs Stimme“



Kennt du einen Janus-Kopf? Janus war der altrömische Gott der Zeit, der in Vergangenheit und Zukunft schaute und darum mit zwei Gesichtern dargestellt wurde. An dieses Doppelgesicht wird man erinnert, wenn man die geschwollenen Reden und Versprechen fanatisierter, sogenannter „Arbeiterpartei“-Führer liest und sie in Beziehung setzt zu tatsächlichen Darlegungen von Führern derselben Partei. Das Ganze läuft hinaus auf die Antwort des „famosen“ s. Reichspräsidentenkandidaten Winter, der 1931 vor dem Schöffengericht in Leipzig erklärte: „Man müsse den Leuten, die dümmer seien als dumm, mit großen Lügen kommen und sie blaffen, sonst blieben sie weg.“

Der nationalsozialistische Kulturpolitiker Rosenberg schreibt im Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“: „Gott Stimmzettel ist ein leerer, schmutziger Wisch, das vierschwänzige, gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht ein Zerlegungswerk volksfeindlicher Demagogen. Dieses allgemeine Stimmrecht soll also der Frau genommen werden? Ja - und dem Manne auch! Ein völkischer Staat wird Wahlen nicht durch anonyme - männliche und weibliche - Massen vornehmen lassen, sondern durch verantwortliche Persönlichkeiten.“ Das sind ja „nette Aussichten“ für das Volk, besonders für die Arbeiterschaft. Sie, also du und ich und viele andere sollen zurückgezwungen werden in die politische Bedeutungslosigkeit verfloßener „glorreicher“ Zeiten. Damals prägte der Ostelbier Oldenburg-Januschau den aufschlußreichen Satz: „Vox populi, vox Rindvieh“, das heißt: „Volkes Stimme, Rindviehs Stimme“. Klar sprach kürzlich eine Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen aus, daß in Preußen die Wiedereinführung des Dreiklassenwahlrechts notwendig sei. Und eine ganze Reihe von neueren Pressemeldungen sprechen vorfichtig bereits von einer Tenderung des bisherigen Wahlsystems. Merkst du nun bald, weshalb man den Massen unter Mißbrauch der Rot die Sundepeitsche der Diktatur als Retter aus dem Elend anpreist? Weil man nur durch Gewalt Herrschaft einiger weniger, nur durch das schamlose Dreiklassenwahlrecht, nicht aber durch das heutige gleiche, allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht die Massen willkürlich und dauernd unterdrücken und knuten kann!

Für uns junge Menschen ist es sehr wichtig, wenigstens etwas von dem hoffentlich für immer in der Versenkung verschwundenen Dreiklassenwahlrecht zu wissen. Dann erst können wir richtig vergleichen zwischen einst und jetzt und erkennen, welch großes Recht für uns das heutige Wahlrecht ist. Und schließlich lernen wir die in Schafsfelleider gehüllten Wölfe und Mißbräuter des Volkes sowie die Wiedereinführer des Dreiklassenwahlrechts wirksam bekämpfen und verachten.

1849 brach Friedrich Wilhelm IV. die Verfassung und diktierte dem preussischen Volke das Dreiklassenwahlrecht. Es bestand zur größten Freude der politischen und sozialen Reaktion bis 1918, also 70 Jahre. Durch dieses Wahlrecht war Preußen früher in der Welt verrufen. So sagte der Reichstagsabgeordnete Kollege Giesberts im Reichstage einmal: „Man schämt sich, wenn man sich im Auslande als Preuße bezeichnen muß.“

Warum teilte man früher die Wahlberechtigten in Klassen ein? Weil bei der Klassenwahl nicht der Mensch, sondern der Steuerzettel, der Geldsack entscheiden sollte. Der Zweck war, dem an sich schon einflußreichen Besitz und Geld auch noch die politische Macht aufzuzwingen. Wählen konnten alle über 24 Jahre alten männlichen Personen, wenn sie keine Armenunterstützung bezogen oder mehr als 3 M. Steuern im Jahre zahlten oder nicht im Zuchthaus gesessen hatten. Es bestand also kein allgemeines Wahlrecht. In jedem Stimmbezirk wurden sämtliche Wahlberechtigten so geordnet, daß die Zahler der höchsten Steuern an die Spitze kamen. Schließlich zählte man die Gesamtsteuersumme zusammen und teilte sie durch drei. Von oben angefangen bildeten jene Wähler die 1. Klasse, die das erste Drittel Steuern zahlten, die das zweite Drittel ausbrachten, waren in der 2. Klasse, was übrig blieb, hatte die Ehre, in der 3. Klasse zu sein.

Diese wunderbar raffinierte Klassifizierung wirkte sich so aus: 1903 waren in Preußen 7,1 Millionen Wahlberechtigte. Davon entfielen auf die 1. Klasse rund 238 000 Wähler = 3,4%, auf die 2. Klasse 856 000

Wähler = 12,1% und auf die 3. Klasse (das war die Masse) rund sechs Millionen Wähler = 84,5%. Danach hatte ein Wähler in der 1. Klasse „nur“ 25mal soviel Wahlrecht als ein Wähler in der 3. Klasse, in der gewöhnlich die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten wählen durften. In Köln hatte sogar einmal bei den Kommunalwahlen ein Wähler in der 1. Klasse „nur“ 150mal soviel Wahlrecht als ein Wähler in der 3. Klasse. Diese Tatsachen beweisen, daß die Dreiklassenwahl nicht nur nicht allgemein, sondern auch höchst ungleich war. Daran ändert so gut wie nichts die Erscheinung, daß manchmal selbst ein Arbeiter in der 2. Klasse und in Berlin der Reichskanzler, mehrere Minister, Geh. Kommerzienräte oder Bankiers in der 3. Klasse wählen konnten. In letzterem Falle beherrschten ein paar schwere Steuerzahler und Sechste die 1. und 2. Klasse und quetschten dadurch Minister, Kommerzienräte und Majoratsherren in die nach armen Leuten riechende 3. Klasse. Selbst Fürst Bülow wählte 1903 mit 270 anderen Wählern in der 3. Klasse. Diese 271 konnten 2 Wahlmänner wählen. Und ein Wurstfabrikant war einziger Wähler in der 1. Klasse. Dieses Prachtexemplar hatte sogar „nur“ 271mal soviel Wahlrecht als ein Wähler der 3. Klasse, als Fürst Bülow, der ja auch „nur“ Reichskanzler war. Im Wahlbezirk des Fürsten Bülow gelangte nur der in die Sonne der 1. Klasse, der 180 000 Mark direkte Steuern zahlte.

Aber es kommt noch besser. Ist es nicht interessant, zu wissen, daß es 1903 in Preußen 2159 Urwahlbezirke mit nur einem Wähler und 1770 mit nur zwei Wählern 1. Klasse gab? In 79 Bezirken bestimmte ebenfalls nur ein Wähler die Wahlmänner für die 2. Klasse. Und großes Aufsehen erregte es, daß in der Stadt Neustadt in Oberschlesien die Inhaber einer Firma die 1. und 2. Klasse mit Beschlag belegten und so alle Einwohner der Stadt beherrschten.

Das Dreiklassenwahlrecht war indirekt und öffentlich. Die Wähler - Urwähler genannt - wählten Wahlmänner und diese den Abgeordneten. Und öffentlich mußte der Wähler erklären, welcher Liste er seine Stimme gab. Das war für viele Firmen eine fabelhafte Gelegenheit, sich über die Gesinnung „Ihrer Leute“ zu unterrichten. Die Arbeiter wurden unter Druck gesetzt, die Liste der Firma zu wählen. Wer das nicht tat, flog auf die Straße und konnte buchstäblich mit seiner Familie verhungern. So versuchte man dadurch Schlemmer und Kriecher heranzuziehen und „liebe“ Arbeiter, die so wählten, wie die hochwohlgeborene Firma spudte.

Ein unverdächtiger Zeuge für die Unsittlichkeit der öffentlichen Abstimmung ist der Zentrumsführer Windthorst. Er trat dem Verteidiger der öffentlichen Wahl, dem Abgeordneten von Rauchhaupt, entgegen und erklärte, wie verhängnisvoll die öffentliche Abstimmung für abhängige Wähler war. Windthorst sagte am 6. Dezember 1883:

„Gehe doch der Herr von Rauchhaupt nach Oberschlesien; wir haben dort Vereine gründen müssen, um die armen Arbeiter, die infolge ihres Notums, was sie, durch ihr Gewissen gezwungen, abgaben, entlassen wurden, vor dem Hungertode zu retten. Wir haben daselbe in den Rheinlanden und in Westfalen tun müssen, um zu bewirken, daß die Leute, die weggejagt wurden, anderswo wieder Unterkommen fanden. Es gibt zur Zeit kein anderes Mittel als eben die geheime Abstimmung, wenn man überhaupt für diese Klassen, die besonders in Frage sind, das Stimmrecht aufrechterhalten will.“

Anträge auf geheime Wahl wurden noch von vielen anderen gestellt. Statt ihnen nachzukommen, hatte man auf Grund des herrschenden Diktatur-Systems die Freiheit, im Kommissionsbericht von 1881 folgendes zu schreiben: „Es könnte ernstlich in Frage kommen, ob es nicht zweckmäßig sei, die untersten Klassensteuerrufen, welche der Beeinflussung am meisten ausgeht seien, von dem Wahlrechte ganz auszuschließen.“ Ist das nicht ganz genau daselbe, was heute - wie eingangs zitiert - Rosenberg schreibt?

Sollte das deutsche Volk wirklich so dumm sein, dieses „neue System“ wieder einzuführen, indem es sich selbst den Ast abfägt, auf dem es sitzt? Dann freilich hat es auch nichts Besseres verdient. Gleichzeitig aber würden alle, die unsere Warnungen für Lüge hielten, erkennen, daß man sie mißbrauchte, daß sie zu Verrätern wurden an den heiligen Rechten des ganzen Volkes.

Das Dreiklassenwahlrecht ist unsittlich. Es war vierschwänzig, d. h. nicht allgemein, nicht gleich: es war indirekt und öffentlich. Nicht das heutige allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, sondern das Dreiklassenwahlrecht entrechtet, schikaniert und zwiebelt die Arbeiterschaft und Arbeiterjugend. Das Dreiklassenwahlrecht ist vierschwänzig, volksfeindlich, schmutzig und raffiniert in des Wortes übelster Bedeutung. Darum hinweg von ihm und von allen, die es wünschen und vertreten!

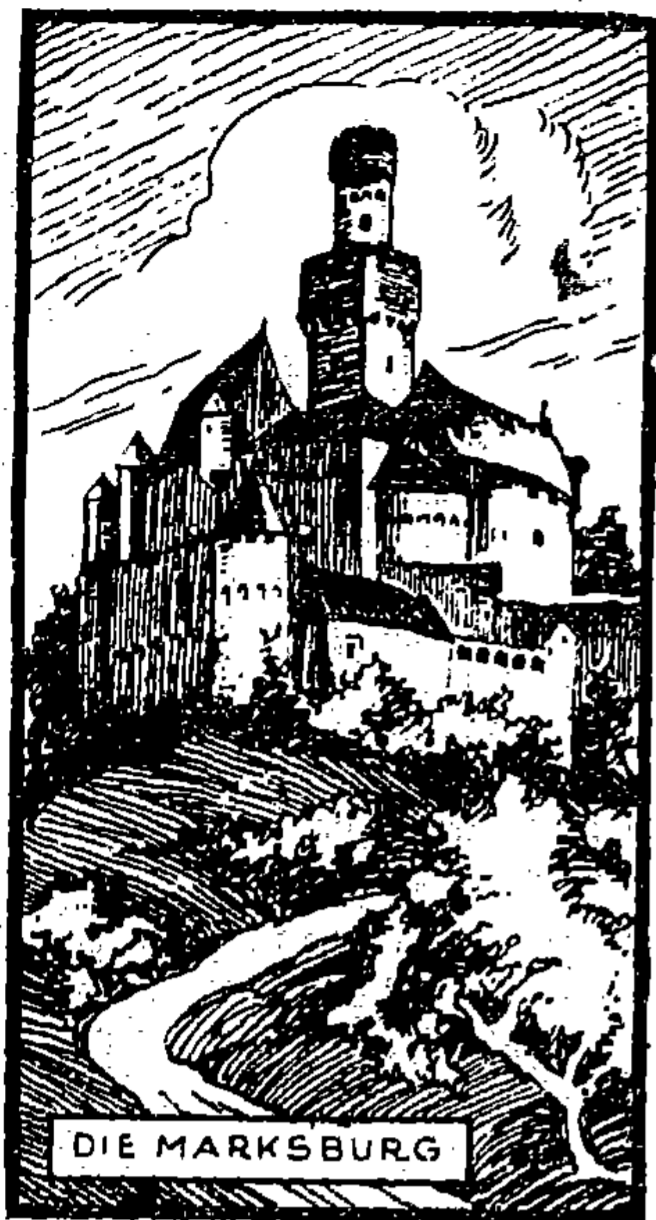
Kein ehrlicher, aufrechter und vernünftiger Arbeiter taucht den soliden Anzug des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts und des Volksstaates ein gegen die Zwangsjacke der Diktatur und des Dreiklassenwahlrechts.

Wir wollen Einigkeit und Freiheit, Recht und Gerechtigkeit nach außen. Eine unerschütterliche Voraussetzung dafür ist Einigkeit und Freiheit, Recht und Gerechtigkeit nach innen, in unserer Heimat, in unserem Land und Volk. Für dieses Deutschland leben, wirken, opfern und kämpfen wir geschlossen als ganzer Verband bis zum äußersten. Das ist wahrhaft national!

Pro.



Der Weg zu einem neuen „System“ ist beschriftet. Es ist der Weg zur Wiedereinrichtung der deutschen Arbeiterschaft. Darum muß jeder Arbeitnehmer sehr wachsam sein und - wir sagen es erneut - kampfbereit! Die Zukunft wird es erneut beweisen, daß in der Gewerkschaft und nicht in der Partei die unerschütterliche Kraft der Arbeitnehmer ruht. (Der Deutsche.)



DIE MARKSBURG

Unsere Jugend am Werk

Generalversammlung Regensburg. Die am 2. April stattgefundene Generalversammlung unserer Jugendabteilung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Aus dem Tätigkeitsbericht des Jugendleiters Kollegen Josef Jostl entnehmen wir folgendes: In 83 Rechtsauskunftsfällen wurde für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter ein Barerfolg von 1268 RM erstritten. Durch die Christliche Arbeiterhilfe wurden über 70 in besonderer Not befindliche Jungkollegen unterstützt. In 63 Kursabenden mit insgesamt 950 Teilnehmern wurde das Berufs- und Allgemeinwissen vertieft und erweitert. Ueber 400 Theater- und Kinokarten wurden an die Teilnehmer der einzelnen Fortbildungskurse verteilt. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug im vergangenen Jahre 104 für die Jugendgruppe. Zweifellos war es eine gewaltige Leistung für die Vertrauensmänner und Mitarbeiter, all dieses zu vollbringen. Besonders danken möchten wir an dieser Stelle den Kursleitern der einzelnen Fachkurse. In der folgenden Neuwahl wurden folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Johann Mauerer, Heinrich Reif, Karl Dobmeier, Josef Denzhofer, Adolf Zink, Jakob Luch, Albert Bär, Alois Seebauer, Johann Beh. Anschließend sprach Geschäftsführer Kollege Zähler über das Thema: „Arbeiterjugendnot und unsozialer Geist“, wobei er im besonderen herausstellte, daß auch heute unsere Lehrlinge zur Recht- und Schullosigkeit verurteilt wären, wenn wir keine gewerkschaftlichen Organisationen hätten. Deshalb die Parole: „Auch in der Notzeit ringen wir um Erhaltung dessen, was wir besitzen und um zahlenmäßige Stärkung unserer Bewegung“. Ortsverwaltungsvorsitzender Brem wies noch auf die besondere Bedeutung der Mitarbeiterfrage hin. Unter den schneidigen Klängen unserer Verbandskapelle verslog sehr schnell die noch verbleibende Zeit. Jostl.

Generalversammlung Freiburg i. Br. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 12. März statt. Der 2. Jugendleiter Kollege Rummeler eröffnete die Versammlung und gab eine kurze Uebersicht über die im letzten Jahre geleistete Arbeit. Außer den Versammlungen und Schulungsabenden zeigte gerade die rege Beteiligung an den Wanderungen in unsern schönen Schwarzwald, welches Interesse für diesen gesunden Sport in den Reihen unserer Jungmetallarbeiter herrscht. Anschließend an den Bericht fand die Vorstandswahl statt; es wurden folgende Kollegen gewählt: Kunle als 1. Jugendleiter, Rummeler als 2. Jugendleiter, Wunsch als Schriftführer und Fritsch als dessen Stellvertreter, außerdem Kaufmann und Stegle als Beisitzer. Einige ältere Kollegen gaben uns mit ihren Anregungen Ansporn, in diesem Jahre unsere ganze Kraft bei der Werbung und im Verbandsleben in den Dienst der Sache zu stellen. Kollege Biggelen hielt noch einen Lichtbildervortrag über das rheinisch-westfälische Industriegebiet und hob hervor, warum gerade dieses Gebiet, das wirtschaftliche Herz Deutschlands, aus dessen Boden der „schwarze Diamant“, die Kohle, gewonnen wird, von deutschfeindlichen Staaten, besonders von Frankreich, besetzt wurde. An Hand schöner Bilder wurden uns die Zechen und Industriewerke gezeigt, daneben auch interessante Bauwerke und landschaftliche Schönheiten. Zum Schlusse dankte der 1. Jugendleiter den Mitgliedern in seinem Namen und im Namen der anderen gewählten Kollegen für das entgegengebrachte Vertrauen und bat um tatkräftige Mitarbeit. Er beendete die schön verlaufene Versammlung mit dem Appell: „Treu dem Verband!“ Josef Kunle.

Krefeld besichtigt die Feuerwehr. Kürzlich besichtigte die Jugendabteilung die Feuerwache der Berufswehr. Es hatte sich eine stattliche Zahl von Kollegen an der Wache eingefunden. Den Erschienenen wurde so recht die Bedeutung und die Zweckmäßigkeit der Wache durch die Besichtigung vor Augen geführt. Der Rundgang begann beim Telegraphenzimmer, die Seele der Wache. Hier werden die Meldungen auf Morse-Apparaten mit Zeitangabe aufgenommen und die Alarmglocken der Wehr zu gleicher Zeit in Tätigkeit gesetzt. Dann ging's zur Wagenhalle. Hier sah man die modernsten Feuerlöschgeräte, alles in größter Sauberkeit und Zweckmäßigkeit eingerichtet, wie dies alles überhaupt bei der Wache

ist. Besonders sei hier noch die große Ausziehleiter, ein Wunder der modernen Technik, erwähnt, die eine Gesamtlänge von 24 Meter hat. Weiter kamen wir zum Tages-, Waschraum und Schlaftaal. Dieselben liegen über der Wagenhalle und sind mit Rutschen dorthin verbunden. Erwähnenswert ist noch die Schnelligkeit, mit der ein Alarm vonstatten geht. Bei Tag in 35 und des Nachts in 45 Sekunden.

Zur Erhaltung der körperlichen Fähigkeiten, die für den Dienst als Feuerwehrmann notwendig sind, ist eine Turnhalle eingerichtet. Der Wache angeschlossen ist die Sanitätswache, um bei Unglücksfällen sofort eingzugreifen. Ferner seien noch die einzelnen Werkstätten erwähnt, wo jedwede Reparatur selbst ausgeführt wird. Jeder Feuerwehrmann ist ein gelernter Handwerker und muß es sein. Seine Tüchtigkeit im Beruf muß er sogar beim Eintritt in die Wehr durch eine Probearbeit unter Beweis stellen.

Die Besichtigung hinterließ bei allen Teilnehmern den besten Eindruck. Der Leitung der Berufswehr sei von dieser Stelle nochmals herzlich gedankt für die Bereitwilligkeit, den jungen Leuten einen Einblick in die Feuerwache zu geben. Durch diese Veranstaltung hatte die Jugendgruppe wieder Gelegenheit, ihr Wissen in dieser Richtung zu erweitern. Der Vorstand erwartet, daß die jungen Kollegen durch eifrige Werbearbeit die Bemühungen in dieser Richtung wieder entgelten. Heiner Ehl.

Jungführerkursus am schönen Rhein. Das war ein guter Gedanke, just am 1. Mai die arbeitslosen Jungführer in unserem schönen Erholungshelm „Unser Haus“ zu Königswinter zu versammeln. Der Mai ist doch die eigentliche Wende zwischen dem Kalten und Herben des Winters und lagender warmer Gottessonne, zwischen dem Todstarrten winterlicher Glut und der erwachten blühenden Natur. „Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus.“ Und wenn es auch noch reichlich kühl war, die Hoffnung auf Leben und Sonne und Wärme ist da, und Hoffnung macht froh und stark. Diese Stimmung war in den Herzen aller Jungführer, als sie, die aus der Herbe und Härte des grauen Alltags kamen, mit herzlichsten Worten des Willkommens vom Bezirksleiter Kollegen Schümmer (Köln) begrüßt und in die Wärme kameradschaftlicher Verbundenheit hineingestellt wurden.

In recht feiner Weise stellte Freund Schümmer auch den Sinn der Tagung in den Leitgedanken Einigkeit, Wahrheit, Klarheit heraus. Einigkeit, treues, festes Zusammenhalten gegen all die unsozialen Kräfte, denen eine freie Arbeiterschaft ein Greuel ist, Klarheit gegenüber all dem Phrasen- und Schlagwortschwall, der heute auf das Volk und besonders auf die Jugend niederprasselt und den Mut zur Wahrheit und damit zur Vertretung unserer Ideale im Tageskampfe. Verbandsjugendführer Kollege Scherer zeichnete dann den heutigen Rahmen der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, die außerordentlich schwer gemacht sei durch eine nie gekannte schwere Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen, das allgemeine Sturmlaufen gegen Freiheit und Rechte der Arbeiterschaft und eine geistige Verwirrung, welche von Demagogen, die nur auf dem Rücken der Arbeiterschaft zur Macht gelangen könnten, ganz systematisch angerichtet werde. Die Arbeiterschaft habe alle Veranlassung, diesen Kreisen sehr mißtrauisch gegenüberzustehen. Die Kreise, welche hinter dem politischen Radikalismus unserer Tage ständen, hätten genugsam bewiesen, daß sie das Vertrauen der Arbeiter in keiner Weise verdienten. Der Linksradikalismus habe der Arbeiterschaft nur Elend und Unheil gebracht, und die industriellen und großagrarischnen Kreise, welche nicht nur ideell den Rechtsradikalismus stützen, seien nie Freunde eines aufrechten, freien deutschen Arbeiterstandes gewesen.

Unsere Aufgabe sei es, das Vertrauen zu unserer eigenen Kraft, zu unserem Werke — der Gewerkschaftsbewegung — und zu unseren



St. Marien Köln

Christlich-nationalen Ideen lebendig zu erhalten und durch intensive Werbe-
arbeit immer mehr Herzen zu entzünden. Kollege Föcher gab am
Schlusse seiner Darlegungen eine ganze Reihe praktischer Winke für
unsere weitere Jugendarbeit. Nach der Mittagspause entspann sich eine
erfreulich lebhaftige Aussprache, welche die volle Einmütigkeit und das
ungekünstelte Verhältnis der jungen Kollegen zum Verband deutlich unter
Beweis stellte. Hier sprachen junge Menschen, welche trotz aller Zeiten-
not nicht den Mut verloren haben, die wissen, was sie wollen, und sich
nicht in hohlen und geistesarmen Phrasen ergehen. Dieser Kursus —
das war der allgemeine Eindruck — hat uns neue Kraft gebracht für die
kommenden Tage.

Lebhaften Beifall löste es aus, daß die ganzen Verbandswimpel im
2. Bezirk mit einer prächtigen Schleife in den Farben des Volksstaates
geschmückt wurden.
F. K.

Fröhliche Rechenstunde

1. Vier Kaninchen sind so unter 3 Personen zu verteilen, daß keiner
mehr erhält als die anderen.
2. In welchem Falle ist $2 \times 2 = 5$?
3. Drei Personen ließen sich 3 Tauben braten. Jeder verzehrte seine
Tauben allein. Da blieben noch 2 Tauben übrig. Wie ging das zu?
4. In einer Familie sind 5 Söhne. Jeder von ihnen hat eine Schwester.
Wieviel Kinder zählt die Familie?
5. a) Wieviel gibt $3 + 4$ und ein Nachtwächter? b) Wieviel gibt
 $3 + 4$ und 2 Nachtwächter?

*

An Meister Sämmerlein, Duisburg.

In Nummer 5 des „Hammer“ findet sich ein Verfahren zur Errechnung
des Wochentages eines bestimmten Datums. Dies soll zwar eine einfache
Lösung sein, aber ich habe eine viel einfachere gefunden, die noch dazu
den Vorzug hat, daß man sie im Kopfe, also ohne Papir und Schreib-
zeug, ausrechnen kann. Vielleicht interessieren sich die Leser des
„Hammer“ dafür.

Mein „System“ beruht auf dem Umstand, daß der 1. 1. 1900 ein
Montag war. Seine einzige Schwierigkeit besteht darin, daß ich für
jeden Monat eine Stichzahl behalten muß, und zwar:

Jan., Febr., März, April, Mai, Juni, Juli, Aug., Sept., Okt., Nov., Dez.

0 3 3 6 1 4 6 2 5 0 3 5
(Man lernt am besten die Ziffern zu dreien auswendig, also: Null, drei,
drei; sechs, eins, vier usw.)

Einige Beispiele sollen die Art der Errechnung zeigen.

Beispiel 1: 2. August 1914 (Weltkriegsbeginn).

Tageszahl	2
Stichzahl für August	2
Die beiden letzten Ziffern der Jahreszahl	14
Bis 1914 waren im laufenden Jahrhundert	3 Schaltjahre
Summa	21

Geteilt durch 7 = 3, Rest 0.

2. August 1914 war = Sonntag!

Rest 0 = Sonntag, Rest 1 = Montag usw., Rest 6 = Samstag.

Der Rest ist also auch bei meiner Rechnung das Wichtigste. Da $14 : 7$
Rest 0 ergibt, so hätte ich bei der obigen Rechnung statt der Zahl 14
eine 0 setzen können. Bei 1932 rechne ich nicht 32, sondern ich streiche
vorher die Zahl 28 (4×7) weg und rechne nur mit dem Rest, also 4.

Als 2. Beispiel nehmen wir das Datum aus dem „Hammer“: 5. Dezem-
ber 1756. Bei Daten aus früheren Jahrhunderten muß ich meiner Rech-
nung so oft eine 2 hinzufügen, als das Jahrhundert vor dem sehtigen
zurückliegt, also 1800—1899 zwei, 1700—1799 vier usw.

Tageszahl	5
Stichzahl Dezember	5
Jahreszahl 56 (ich teile gleich durch 7 und schreibe, da sie ohne Rest aufgeht)	0
Schaltjahre 14 (ich teile wieder durch 7 und schreibe den Rest auf)	0
Jahrhundertzahl verlangt eine	4
	<hr/>
	14 : 7 = 2, Rest 0

Die Schlacht bei Leuthen wurde an einem Sonntag geschlagen.

Beispiel 3: 15. Mai 1932 (Pfingsten).

Tageszahl 15 (14 werden abgezogen) bleibt	1
Stichzahl Mai	1
Jahreszahl 32 (28 abgezogen)	4
Schaltjahre 8 (7 abgezogen)	1
	<hr/>
	7 : 7 = 1, Rest 0

Bei einiger Übung kann man es dahin bringen, den Wochentag jeden
beliebigen Datums in weniger als $\frac{1}{4}$ Minute zu errechnen.

Frohen Gruß!

Paul Roth, Radevormwald, Sermannshagen 3.

Auflösungen der „Fröhlichen Rechenstunde“ aus Nr 5

1. Die Börse enthielt 91 Goldstücke.
2. Es waren 28 Arme, und der Mann hatte 2,20 RM bei sich.
3. Die erste hatte 13, die zweite 7 und die dritte 4 Taler.
4. 14. Erst den 7 Tügen, die an den vorhergehenden 7 Tagen ab-
gegangen sind, dann den 7, die während seiner Reise abgehen.
5. 143 und 57.
6. Drei, sie gingen im Gänsemarsch.

Briefkasten

R. Stiel. Für den freundlichen Kartengruß vom schönen Arbersee im
bayerischen Wald hab' herzlichen Dank. Ich habe Deine Grüße ausgerichtet.
Allen unsern Wanderern rate ich, den schönen bayerischen Wald zu besuchen,
Jugendgruppe Eschweiler. Ich bedanke mich für den lieben Wandergruß
aus dem Luftkurort Vicht. In Gedanken hab' ich mit Euch gesungen:
„Wie die Wolken dort wandern am himmlischenzelt, so steht auch mir
der Sinn in die weite, weite Welt“. Jugendgruppe Püttlingen. Ich danke
Euch! Könnt Ihr Euch denken, wie es mir ums Herz wurde, als ich die
Anfahrt vom Restaurant „Cote de Spichern“ bekam? — 1 Jugendgruppe
Bonn. Die Fahrt wird sicherlich wunderschön gewesen sein. Wie gerne
wäre ich mit Euch gewandert. Josef Jostl und 14 Getreue in Unterirating.
Es ist mir immer eine ganz besondere Freude, wenn ich aus Eurem
schönen Heimatlande einen solch schönen Wandergruß bekomme. Grüßt
alle Freunde von mir. Jugendgruppe Halle an der Saale. Ich hab mich
über die schöne Fliegerausnahme vom Petersberg sehr gefreut. Ich danke
Euch. Jugendgruppe Köln-Kalk. Ihr habt Euch für Eure Wanderung ein
schönes Ziel gesetzt. Hoffentlich seid ihr reich befriedigt nach Hause zurück-
gekehrt. Breslauer Metallarbeiterjugend in Schalkau. Hoffentlich ist die
Radtour ohne Panne verlaufen. So ist es richtig! hinaus in Gottes
schöne Welt. Christliche Metallarbeiterjugend in Ribbergen. Das wird
sicherlich eine schöne Fahrt gewesen sein. Josef D. und Wandergefährten
auf der Kolping-Hütte bei Langgries. Die Fahrt in die bayerischen Berge
wird sicher herrlich gewesen sein. Kleiner Kollegen in Hamburg. Euer
Gruß hatte für mich eine besondere Bedeutung. Ich grüße Euch Kollegen
vom Roten Kreuz. Jugendgruppe Lüdenscheid. Ihr seid von den Schön-
heiten der Wanderschaft durch Hohenlimburg, Haspe und Sagen so bege-
hrt gewesen, daß Ihr die Marke auf der schönen Karte vergessen habt.
Da ich bis jetzt noch unbestraft bin, hat Matthias für mich die 9 Pf.
Strafporto vorgelegt. Nun braucht Ihr aber beim nächsten Kartengruß
die vergessenen Marken nicht doppelt aufzukleben. Das erlasse ich Euch!
Kollege Greming in Uffshausen. Ich vermute, daß es sich um die
kleinen Anker-Geduldspiele, Grillentöter, El des Kolumbus, Kreuzspiel
usw. handelt. Es gibt 17 verschiedene Kästchen. Preis 75 Pf. Jede
Spielwarenhandlung besorgt diese Geduldspiele von der Firma Richters,
Ankerbaukästen. Ich habe sie bezogen von der Spielwarenabteilung der
Züllhauer Anstalten in Züllchow bei Stettin. Franz Glehmer, Willy
Bergs, Rich. Mühlberg, J. Bolte, J. Pung, S. Brühl, K. Walter, E. Busch,
Köln-Kalk. Für die frohen Pfingstgrüße aus Godesberg wärmsten Dank
und ebenso frohe Grüße. Glückauf, nun will ich wandern von früh bis
abends spät, soweit auf dieser Erde die Sonne mit mir geht. Danille
Flieger, Bremen. Eure Grüße haben uns erfreut. Herzliche Grüße von
Haus zu Haus. J. v. Sufieren, Königswinter. Du hast recht. Im Zeit-
alter der drahtlosen Telegraphie sind wir nur zu häufig ohne Draht.
„Besonders tief und voll Empörung fühlt man die pekuniäre Störung.“

Sandschlag und Grub

Meister Sämmerlein, Duisburg, Stapeltor 17.

Schriftleitung für den „Hammer“: M. Föcher.

Bekanntmachung

Sonntag, den 19. Juni 1932, ist der 26. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter:

Hauptteil:

Für Gerechtigkeit und Freiheit, S. 361. Ist das ein nationales Pro-
gramm, Herr Kanzler? (Dr.), S. 361. Arbeiterkampf und Organisations-
kraft (Mauer), S. 363. Unsere christliche Metallarbeiterinternationale
(W.), S. 364.

Branchenbewegung:

Achtung! Zechenmetallarbeiter! (Dobberg), S. 365.

Verbandsgebiet:

Sommerurlaubsarten ab 1. Juni (M. S.), S. 366. Richard Gailowski +
(...), S. 366.

Unterhaltung:

Florian Geper (Theodor Mügge), S. 365.

Der Hammer:

Darf sich der Arbeiter gewerkschaftlich organisieren? (M. S.), S. 367.
Aus Beruf und Leben, S. 369. „Volkes Stimme — Rindviehs Stimme“
(Pro.), S. 370. Unsere Jugend am Werk, S. 371. Fröhliche Rechen-
stunde, S. 372. Briefkasten, S. 372. Feuilleton: Jugendkonferenz Saar-
gebiet, S. 368. Preiswettbewerb der Mundharmonikaorchester in Trossin-
gen, S. 369.

Bekanntmachung:

Seite 372.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapel-
tor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.